Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

46. Sitzung
13. Oktober 2023

Beginn: 10.06 Uhr
Schluss: 15.50 Uhr
Vorsitz: Stephan Schmidt (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Informationen und Beschlüsse zu den Komplexen
– Mitteilungen des Vorsitzenden,
– Überweisungen an die Unterausschüsse,
– Konsensliste,
– sonstige geschäftliche Mitteilungen,
soweit nicht in der Ausschusssitzung darüber diskutiert wurde,
sind gegebenenfalls im Beschlussprotokoll verzeichnet.

Darüber hinaus hat der Ausschuss besprochen:

Steffen Zillich (LINKE) führt aus, dass es in der nächsten Sitzung zwischen den Einzelplänen 07 und 12 überschneidende Themen gebe. Er schlage vor, das Thema neue Stadtquartiere zwischen den Einzelplänen zu behandeln, damit beide Senatsverwaltungen anwesend seien und das Thema nicht zweimal diskutiert werden müsse.

Vorsitzender Stephan Schmidt konstatiert hierzu Einvernehmen des Ausschusses. Das Ausschussbüro werde versuchen, dies zu organisieren, denn am Mittwoch finde auch die zweite Lesung im Mobilitätsausschuss statt. – Er stelle fest, dass der Ausschuss der Ergänzung der Tagesordnung gemäß der Mitteilung zur Einladung zustimme und die Tagesordnung dementsprechend beschlossen werde.

Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – 09

Punkt 1 der Tagesordnung

Schreiben SenWGP – I D – vom 05.10.2023 1175
Entnahme aus der Rücklage nach § 62 LHO zur Vorsorge für Baukostensteigerungen für Plankrankenhäuser und die Charité – Universitätsmedizin Berlin Haupt

Sebastian Walter (GRÜNE) erkundigt sich nach dem realen Erfahrungswert der Krankenhäuser zu den Kostensteigerungen. Gebe es dazu konkrete Rückmeldungen? Die Begründung des Auskehrens sei die statistische Kostensteigerung.

Steffen Zillich (LINKE) fragt nach den Auswirkungen auf den Haushaltsplan, denn die Rücklage Baukostensteigerung sei als Einnahme geplant. Wenn etwas entnommen werde, stehe es als Einnahme nicht zur Verfügung.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) antwortet, ihr Haus habe keine eigene Kenntnis über Baukostensteigerungen bei einzelnen Maßnahmen, wisse aber, dass den Krankenhäusern dringend geholfen werden müsse, um eine kalte Strukturbereinigung zu verhindern. Aufgrund der Coronapandemie, der Energiekrise, der Inflation, der Tarifsteigerungen beim Personal und mittelfristig fixer Behandlungsvergütungen stünden die Krankenhäuser vor wirtschaftlichen Herausforderungen. Alle Krankenhäuser investierten in ihren Bestand durch Sanierung, Anbau und ggf. Neubau, sodass alle Häuser sehr reale Steigerungen bei den Baukosten hätten. SenWGP habe im Rahmen des Nachtragshaushalts den Auftrag gehabt, Vorsorge zu treffen und den Krankenhäusern rund 41 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen. Das Berechnungssystem sei leistungsbezogen und damit fair.

Staatssekretär Wolfgang Schyrocki (SenFin) ergänzt, dieser Teil der Baukostensteigerungen sei noch nicht aufgelöst worden. Er werde den Häusern durch SenWGP nach Bettenanzahl zugewiesen.

Steffen Zillich (LINKE) führt an, dass im letzten Nachtragshaushalt eine Rücklage für Baukostensteigerungen geschaffen worden sei, aus der etwas entnommen werde. Zugleich sei die Rücklage komplett als Einnahme im Doppelhaushalt 2024/25 vorgesehen, sodass der Haushaltsplanentwurf bei einer Entnahme über eine Nachschiebeliste verändert werden müsse.

Dr. Kristin Brinker (AfD) stellt die Nachfrage, ob es sich bei den 50 Mio. Euro, die heute freigegeben werden sollten, um den Betrag handele, der im Nachtragshaushalt speziell für die Kliniken beschlossen worden sei.

Katrin Dube (SenFin) bestätigt die Annahme von Frau Abg. Dr. Brinker. Die Entnahme, die jetzt in Rede stehe, habe keinen weiteren Einfluss auf den vom Senat vorgelegten Haushaltsplanentwurf 2024/25 und mindere nicht die dort vorgesehenen Entnahmen aus der Rücklage.

Steffen Zillich (LINKE) bittet um Auskunft, ob diese Entnahme bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2024/25 schon einkalkuliert worden sei.

Katrin Dube (SenFin) erklärt, diese Einzelentnahme sei nicht konkret, aber abstrakt ein Betrag, der hierfür ausreichend sei, berücksichtigt worden, sodass dies keine Minderung der Einnahme für den Haushaltsplanentwurf 2024/25 bedeute.

Torsten Schneider (SPD) fragt, ob noch Gelder in der Rücklage verblieben oder diese komplett leergezogen werde. Nach seiner Einschätzung blieben noch 50 Mio. Euro stehen. Die Frage des Herrn Abg. Zillich sei, ob die 50 Mio. Euro noch nachfinanziert werden müssten. Wenn SenFin dies ausschließe, könne man dem Vorgehen zustimmen. Wenn das Abghs 50 Mio. Euro nachfinanzieren oder der Senat seinen Jahresabschluss und die SIWA-Zuführungen ändern müsste, würde man sich dies neu angucken müssen.

Steffen Zillich (LINKE) bittet SenFin, den Bestand der Rücklage zum Anfang des Jahres darzustellen. Dann könne man dies mit den Einnahmen für den kommenden Doppelhaushalt abgleichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass dies zur zweiten Lesung des Einzelplans schriftlich beantwortet werde.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 1175 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt – 08

Punkt 2 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –	0851
Drucksache 19/0805	Haupt
Zuschussvertrag zwischen dem Land Berlin und der Stiftung Oper in Berlin	KultEnDe

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses KultEnDe vom 25.09.2023 vor, die Vorlage – zur Beschlussfassung – anzunehmen. (einstimmig mit allen Fraktionen)

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, dem Plenum die Annahme der Vorlage Drucksache 19/0805 zu empfehlen.

Punkt 3 der Tagesordnung

a) Antrag der Fraktion die Linke 1158
Drucksache 19/1190 Haupt
Berlin braucht eine Zentral- und Landesbibliothek – Schluss mit den Schattenspielen! KultEnDe

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses KultEnDe vom 25.09.2023 vor, den Antrag abzulehnen. (mehrheitlich mit CDU und SPD gegen GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD)

b) Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grüne 1158 A
zum Haupt
Antrag der Fraktion die Linke
Drucksache 19/1190
Berlin braucht eine Zentral- und Landesbibliothek – Schluss mit den Schattenspielen!

Rolf Wiedenhaupt (AfD) greift auf, dass der Senator ins Gespräch gebracht habe, die Finanzierung dieses teuren Vorhabens über das Sondervermögen Klimaschutz abzuwickeln. Man habe schon gehört, dass auch Polizeireviere über das Sondervermögen finanziert werden sollten. Hier fehle ihm ebenfalls der direkte Zusammenhang mit dem Klimaschutz. Verfolge SenKultGZ entsprechende Pläne, und wie weit seien diese ggf. gediehen?

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) führt aus, ihre Fraktion sehe hier eine Chance für Berlin, an einem attraktiven Standort etwas für viele Berlinerinnen und Berliner im Sinne von Bildung, Kultur und Teilhabe zu tun. Dies sollte aber auf konkreten Fakten und Zahlen basieren, nicht auf Spekulationen und Vermutungen. Wenn es an der Umsetzung Interesse gebe, gehörten dazu auch Kreativität und Einfallsreichtum.

Christian Goiny (CDU) erklärt, dass die Koalitionsfraktionen dem Antrag nicht zustimmen könnten, weil dieses schöne und wichtige Projekt so nicht adressiert werden sollte. Es handele sich um einen durchschaubaren Versuch der Opposition, das Thema zu adressieren, dies sei aber keine seriöse Herangehensweise. Der Senat sei aufgefordert, ein Konzept zu erarbeiten und vorzulegen. Wenn die Opposition dieses dann unterstütze, wäre das ein gutes Signal.

Steffen Zillich (LINKE) wendet ein, dass seine Fraktion nicht davon überzeugt sei, dass eine seriöse Prüfung dieser interessanten Gelegenheit stattfinde, und glaube, dass man den Senat dazu beauftragen müsse. Wenn die Koalitionsfraktionen den Antrag ablehnten, gebe es dafür möglicherweise unterschiedliche Begründungen in der Koalition.

Senator Joe Chialo (SenKultGZ) stellt dar, dass der Senat das Thema ZLB vorantreibe. SenKultGZ sei mit SenFin und BIM im Gespräch, um ein seriöses und belastbares Finanzierungsmodell präsentieren zu können. Dieses solle Mitte/Ende November präsentiert werden.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Grünen rote Nr. 1158 A ab und beschließt, dem Plenum die Ablehnung des Antrags Drucksache 19/1190 zu empfehlen.

Fortsetzung der Haushaltsberatungen 2024/2025 (1. Lesung)

Punkt 4 der Tagesordnung

	Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1100 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Haushaltsgesetz 2024/2025 – HG 24/25)**	1100 Haupt(f)

Mitberaten werden:

a)	Bericht SenFin – II B – vom 16.08.2023 **IKT-Titelliste 2024/2025**	1100 A Haupt
b)	Bericht SenFin – II B – vom 16.08.2023 **FM-Titelliste 2024/2025**	1100 B Haupt
c)	Bericht SenFin – II LGH – vom 05.06.2023 **Gender Budgeting** **hier: konzeptionelle Weiterentwicklung** gemäß Auflage A. 10 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	1029 Haupt
d)	Bericht SenFin – LGH – vom 01.08.2023 **Gender Budgeting** **hier: Umsetzung** gemäß Auflage A. 10 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	1029 A Haupt
d1)	Mitteilung – zur Kenntnisnahme – Drucksache 19/1123 **Entwicklung eines Gesamtkonzepts „Gender Budgeting Controlling“** **Drucksache 19/0400 – Bericht zu Auflagen –Teil 10c** (überwiesen gemäß § 32 Abs. 6 GO Abghs auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)	1029 B Haupt
e)	Bericht RBm – Skzl – III A 3 – vom 23.08.2023 **Aktuelle hauptstadtbedingte Ausgaben** gemäß Auflage A. 12 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	1112 Haupt

f1)	Vertraulicher Bericht SenFin – II B 23 – vom 23.02.2023 **Bericht aller öffentlichen Auftragsvergaben von Gutachten und Beratungsdienstleistungsaufträgen 2. Halbjahr 2022** gemäß Auflage A. 18 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	0511 A Haupt Vertrauliche Beratung
f2)	Vertraulicher Bericht SenFin – II B 23 – vom 18.09.2023 **Bericht aller in Auftrag gegebenen Gutachten und Beratungsdienstleistungen gemäß Auflage A Nr. 18 zum Haushalt 2022/2023** **Bericht zum 30.09.2023** gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	0511 E Haupt Vertrauliche Beratung
g)	Bericht SenFin – II D 24 – vom 15.08.2023 **Kosten für Migration und Fluchtunterbringung** (Berichtsauftrag aus der 37. Sitzung vom 07.06.2023)	1123 Haupt
h)	Bericht SenFin – II B – vom 30.08.2023 **Vorläufiger Jahresabschluss 2022** **hier: Rücklagen und Sondervermögen** (Berichtsaufträge aus der 37. Sitzung vom 07.06.2023 und aus der 38. Sitzung vom 21.06.2023)	0832 C Haupt
i)	Austauschfassung zur roten Nummer 0932 A: Bericht SenFin – II LIP 6 – vom 06.09.2023 **Rechnungslegung über die Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) zum 31.12.2022** gemäß § 5 Satz 3 und 4 SIWA ErrichtungsG	0932 A-1 Haupt
j1)	Zwischenbericht SenFin – II LIP – vom 06.09.2023 **Rechnungslegung über die Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) zum 31.12.2022** (Berichtsauftrag aus der 39. Sitzung vom 30.08.2023)	0932 B Haupt

j2)	2. Zwischenbericht SenFin – II LIP – vom 04.10.2023 **Rechnungslegung über die Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) zum 31.12.2022** (Berichtsauftrag aus der 39. Sitzung vom 30.08.2023)	0932 D Haupt
k)	Vorlage – zur Kenntnisnahme – Drucksache 19/1187 **Finanzplanung von Berlin 2023 bis 2027** (überwiesen zur Besprechung gemäß § 32 Abs. 6 GO Abghs)	1150 Haupt
l)	Bericht Senat von Berlin – Fin II B – vom 19.09.2023 **Statusbericht über die Haushaltslage per 30.06.2023** gemäß Auflage B. 121 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	0495 C Haupt

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, Titel und Kapitel, zu denen Berichte angefordert würden, gölten als zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Einzelplan 08 – Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Mitberaten werden:

a)	Bericht SenKultGZ – StS'in – vom 25.08.2023 **Parlamentarische Beratungen zum Haushaltsentwurf 2024 und 2025** **Allgemeiner Hinweis zum Haushaltsplanentwurf des Einzelplans 08 – Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalts** (unaufgefordert vorgelegt)	1143 Haupt

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) fragt, ob der Fehler nur bei SenKultGZ oder auch in anderen Bereichen aufgetreten sei.

Staatssekretär Wolfgang Schyrocki (SenFin) antwortet, der Fehler sei nur hier aufgetreten.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1143 zur Kenntnis.

b) Bericht SenKultEuropa – I E Gov – vom 27.03.2023 0923
Erreichung von Prozessoptimierungen, Ablaufbeschleunigungen und -vereinfachungen sowie Umsetzung von Digitalisierungsprojekten hier: Senatsverwaltung für Kultur und Europa Haupt
gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23
Hinweis: Mitteilung zur Kenntnisnahme
(in der 39. Sitzung am 30.08.2023 zur 1. Lesung des Einzelplans 08 vertagt)

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) spricht das EfA-Projekt im Rahmen der OZG-Umsetzung an. Berlin müsse die jährlichen Betriebskosten des Onlineverfahrens ab 2023 tragen. Die Unterstützung bei der Entwicklung eines Fachverfahrens durch den Bund sei laut Bericht noch offen. Gebe es inzwischen einen neuen Stand?

Staatssekretär Oliver Friederici (SenKultGZ) erklärt, dass es keinen neuen Sachstand gebe.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0923 zur Kenntnis.

Kapitelübergreifend

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet zur zweiten Lesung um Berichte zum Thema Mindestgagen – Übersicht, bei welchen Förderprogrammen bzw. Ansätzen die Mindestgagen nicht hätten realisiert werden können, wie hoch die Fehlbeträge im Einzelnen seien und mit welcher Einzelbegründung die Mittel nicht in vollem Umfang eingestellt worden seien – sowie zum Thema Innovationsfonds – Auflistung aller Titel, in die Mittel aus dem Innovationsfonds für die Jahre 2024/2025 fließen sollten; außerdem solle dargestellt werden, ob es eine zeitliche Begrenzung der Mittelzuweisungen zu diesen Titeln gebe, wann die Zuweisungen aus dem Innovationsfonds zu den einzelnen Titeln endeten und wann der Innovationsfonds auslaufe.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Sebastian Walter (GRÜNE) kündigt an, dass seine Fraktion schriftliche Fragen zur PMA und zur Entwicklung bei den Zuwendungsempfängern nachreichen werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass Fragen bis zum nächsten Dienstag um 14 Uhr nachgereicht werden könnten.

Oda Hassepaß (GRÜNE) wünscht einen Bericht zur zweiten Lesung, wo die Umsetzung des Urteils des Bundessozialgerichts zu den Musikschullehrkräften erfolge. Außerdem sollten die jährlichen Kosten der Maßnahmen, die getroffen werden könnten, um dieses Problem zu lösen, dargestellt werden: die Anpassung der Ausführungsvorschriften, die Umstrukturierung des Musikschulbetriebs, die Ausweitung der Festanstellungen oder eine Kombination dieser Maßnahmen.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Sebastian Walter (GRÜNE) konstatiert, dass die Darstellung des Gender-Budgetings hier von den sonstigen Darstellungen in den Einzelplänen abweiche. Es werde maßgeblich über Projekte und Jurysitzungen berichtet, Schlüsselpunkt sei aber eigentlich, die eigene Beschäftigtenstruktur zu analysieren, was nur tabellarisch erfolge. Es werde nicht festgehalten, wie groß der Unterschied zwischen den männlichen und weiblichen Beschäftigten auf der Führungsebene bzw. bei den allgemeinen Mitarbeitenden sei und welche Ziele verfolgt würden, um eventuelle Gender-Pay-Gaps zu schließen. Er bitte, dass SenKultGZ dies nachreiche und die Gender-Analyse, wie dies in den anderen Einzelplänen üblich sei, vervollständige.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Kapitel 0800 – Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Dr. Hugh Bronson (AfD) bittet, die Sprünge zwischen dem Ist 2022, dem Ansatz 2023 und den Ansätzen 2024/25 zu erläutern. Wie teilten sich die Mittel zwischen den Kurierdienstleistungen und den Leistungen des externen Brandschutzbeauftragten auf?

Senator Joe Chialo (SenKultGZ) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

Der **Ausschuss** erwartet den Bericht bis zur zweiten Lesung.

Titel 97114 (neu) – Pauschale Mehrausgaben im Zusammenhang mit gesamtstätischen Zielvereinbarungen nach § 6a AZG –

Dr. Hugh Bronson (AfD) spricht an, dass im Rahmen der Zielvereinbarung für öffentliche Bibliotheken 25,5 Stellen und in den Bezirken 90,5 Stellen finanziert werden sollten. Wie seien die Stellen in den Bezirken und bei der Senatsverwaltung in ihren Aufgabenbereichen voneinander abgegrenzt?

Helge Rehders (SenKultGZ) erläutert, die in der Pauschalen Mehrausgabe etatisierten Mittel seien vor allem für die bezirklichen Bibliotheken. Dies grenze sich von dem, was man z. B. in der ZLB mache, dadurch ab, dass die Trägerschaft eine andere sei.

Kapitel 0809 – Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt – Personalüberhang –

Keine Wortmeldung.

Kapitel 0810 – Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt – Kultur –

Mitberaten werden:

a) Bericht SenKultGZ – I C 1 So – vom 21.08.2023 — 0546 A
Deutsches Technikmuseum — Haupt
gemäß Auflage B. 59 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23
Hinweis: Mitteilung zur Kenntnisnahme
(in der 40. Sitzung am 13.09.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 08 zurückgestellt)

b) Bericht SenKultGZ – I A Ba – vom 20.09.2023 — 1080 A
Festivalförderung sowie spartenoffene Förderung — Haupt
(Berichtsauftrag aus der 39. Sitzung vom 30.08.2023)
(in der 43. Sitzung am 29.09.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 08 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rote Nrn. 0546 A und 1080 A ohne Aussprache zur Kenntnis.

c) Bericht SenKultGZ – II C Se – vom 29.08.2023 — 0517 A
Musikschulen — Haupt
gemäß Auflage B. 134 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23
(in der 40. Sitzung am 13.09.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 08 zurückgestellt)

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) merkt an, dass das Thema Musikschulhonorare im Einzelplan 27 weiter zu behandeln sei.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0517 A zur Kenntnis.

d) Bericht SenKultGZ – II C Hü – vom 23.06.2023 — 1060
Bibliotheksentwicklung — Haupt
gemäß Auflage B. 142 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23
(in der 39. Sitzung am 30.08.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 08 zurückgestellt)

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) greift auf, dass zur Verausgabung der 2023 zugewiesenen zusätzlichen Mittel ein erster Bericht für April 2024 in Aussicht gestellt werde. Sie bitte, den Bericht an den UA BezPHPW zu überweisen, denn die Bezirke seien von der Umsetzung betroffen.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend und nimmt den Bericht rote Nr. 1060 zur Kenntnis.

e) Bericht SenKultGZ – SE 1 Ja – vom 30.08.2023 1125
Wirtschaftspläne 2024/2025 Haupt
Kapitel 0810 – Titel 68239 / 89450
Stiftung Oper in Berlin gesamt
Staatsoper Unter den Linden
Deutsche Oper Berlin
Komische Oper Berlin
Staatsballett Berlin
Bühnenservice
Stiftungsdach
gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23

f) Bericht SenKultGZ – I Ctrl 2 – vom 28.08.2023 1126
Wirtschaftspläne 2024/2025 Haupt
Kapitel 0810
Titel 68219 Hebbel-Theater Berlin-GmbH
Titel 68225 Friedrichstadt-Palast
Betriebsgesellschaft mbH
Titel 68242/ 89177 Deutsches Theater Berlin
Titel 68243/ 89178 Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz
Titel 68246/ 89179 Maxim Gorki Theater Berlin
Titel 68248/ 89180 Theater an der Parkaue
Titel 68321 Schaubühne am Lehniner Platz gemeinnützige Theaterbetriebs GmbH
Titel 68322
ATZE Musiktheater GmbH
Kultursprünge im Ballhaus Naunynstraße gGmbH
Ballhaus Ost e. V.
Constanza Macras | DorkyPark GmbH
DOCK ART GmbH
Saalbau Neukölln Kultur und Veranstaltungs GmbH
Kleines Theater am Südwestkorso GmbH
Neuköllner Oper e. V.
Sophiensäle GmbH
Tanzfabrik Berlin e. V.
Theater im Palais – Theaterverein Am Festungsgraben e.V.
Theater Strahl gGmbH
Theater Thikwa e.V.
Theaterdiscounter
Vaganten Bühne Berlin gemeinnütziges Theater GmbH
….

Titel 68323 „Grips“ – Theater gemeinnützige GmbH
Titel 68327 Berliner Ensemble GmbH
Titel 68328 sasha waltz & guests GmbH
Titel 68342
Neue Theater-Betriebs GmbH Renaissance Theater
Halliwood Filmgesellschaft mbH (Schlosspark Theater)
Komödie Berliner Privattheater GmbH
Titel 68362 Cie. toula limnaios GmbH
gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23

g) Bericht SenKultGZ – I Ctrrl 2 – vom 28.08.2023 1127
Wirtschaftspläne 2024/2025 Haupt
Kapitel 0810
Titel 68208 Stiftung Topographie des Terrors – inklusive Dokumentationszentrum zur NS-Zwangsarbeit Berlin-Schöneweide –
Titel 68502 / 89448 Stiftung Deutsches Technikmuseum Berlin
Titel 68522 Stiftung Preußischer Kulturbesitz (eingeschränkte Übersicht)
Titel 68528 / 89441 Stiftung Bröhan-Museum
Titel 68530 Trägerverein Haus der Wannsee-Konferenz e. V.
Titel 68539 / 89311 Bauhaus-Archiv e. V.
gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23

h) Bericht SenKultGZ – I Ctrl 2 – vom 28.08.2023 1128
Wirtschaftspläne 2024/2025 Haupt
Kapitel 0810
Titel 68216 Rundfunk-Orchester und Chöre gGmbH
Titel 68258/ 89172 Konzerthaus Berlin /
Schauspielhaus am Gendarmenmarkt
Titel 68259 Stiftung Berliner Philharmoniker
Titel 68575
Akademie für Alte Musik Berlin GbR
Chorverband Berlin e.V.
Landesmusikrat Berlin e.V.
Titel 68618 Musicboard Berlin GmbH
Titel 68577
Kulturwerk des Berufsverbandes Bildender
Künstler Berlins GmbH
Künstlerhaus Bethanien GmbH
Kunst-Werke Berlin e.V.
Neuer Berliner Kunstverein gGmbH
Neue Gesellschaft für bildende Kunst e. V.
Titel 68408 Berliner Blindenhörbücherei gGmbH
Titel 68568/ 89421 Stiftung Zentral- und
Landesbibliothek Berlin
Titel 68578
Haus für Poesie (Literaturbrücke Berlin e. V.)
LesArt (Gemeinschaft z. Förderung v. Kinder- u.
Jugendliteratur e. V.)
Literarisches Colloquium Berlin e. V.
Literaturforum im Brecht-Haus (Gesellschaft für
Sinn und Form e. V.)
Literaturhaus Berlin e. V.
Titel 68303 Initiative Neue Musik Berlin e. V.
Titel 68320/ 89220 Kulturprojekte Berlin GmbH
Titel 68569
Deutscher Akademischer Austauschdienst e. V.
Neue Babylon Berlin GmbH
Titel 68615/ 89110 Kulturraum Berlin gGmbH
Titel 68621
Consense – Gesellschaft zur Förderung von Kultur
mbH (Kulturbrauerei)
Kulturinitiative Förderband gGmbH
RambaZamba e. V.
Internationales Kultur Centrum Ufa Fabrik e.V.
Titel 68639 Stiftung Kulturelle Weiterbildung und
Kulturberatung
Titel 68433 Stiftung Neue Synagoge Berlin –
Centrum Judaicum
gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 19/0400 zum
Haushalt 2022/23

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rote Nrn. 1125, 1126, 1127 und 1128 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titelübergreifend

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet zu diesem Kapitel um einen übergreifenden Bericht zum Musikschulgesetz. Dabei gehe es um die Umsetzung des BSG-Urteils zur Festanstellung von Musikschullehrkräften. Bis wann könne der Senat dies umsetzen? Wie viel werde die Umsetzung der Festanstellung an Musikschulen in den Jahren 2024/25 kosten?

Senator Joe Chialo (SenKultGZ) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

Der **Ausschuss** erwartet den Bericht bis zur zweiten Lesung.

Titel 51801 – Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume –

Christian Goiny (CDU) wünscht einen Bericht, welche Immobilien zur Entwicklung von Kulturräumen jetzt im SODA wie finanziert würden und welche Konzepte es dafür schon gebe. Zudem bitte er um eine Gesamtübersicht über Projekte, Arbeitsweisen und Ausstattung der Kulturraum gGmbH.

Der **Ausschuss** erwartet den Bericht bis zur zweiten Lesung.

Titel 68615 – Zuschuss an Serviceeinrichtungen zur Bestandssicherung von Arbeitsräumen für Künstlerinnen und Künstler –

Sven Heinemann (SPD) schließt sich der Berichtsbitte an. In diesem Titel würden SODA-Immobilien für einen bestimmten Zweck aufgezählt. Er bitte um eine zusammenfassende Darstellung, welche Immobilien SenKultGZ im SODA habe, die aktuell oder in Zukunft einer Nutzung zugeführt werden sollten, damit der Ausschuss eine Übersicht zum SODA bekomme. Darüber hinaus solle dargestellt werden, welche Immobilien das seien, zu welchem Zweck, in welchem Zeitraum und zu welchen derzeit vorliegenden Kosten bzw. Schätzungen.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Titel 68303 – Zuschüsse für Veranstaltungen –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet um einen Bericht zum Teilansatz 1 – Initiative Neue Musik Berlin e. V. –, bis wann das von DACH Musik erarbeitete Stufenmodell für die Einführung von Honoraruntergrenzen umgesetzt werde. Sofern die Umsetzung nicht geplant sei, hätte ihre Fraktion dazu gerne eine Begründung.

Der **Ausschuss** erwartet den Bericht bis zur zweiten Lesung.

Dr. Hugh Bronson (AfD) konstatiert eine erhebliche Reduzierung beim Teilansatz 8 – Märchenland e. V. –, sodass sich die Frage stelle, welche Veranstaltungen von Märchenland e. V. künftig nicht mehr gefördert werden sollten und ob die Berliner Märchentage von dieser För-

derung erfasst seien. Laut Bericht solle die Förderung der Märchenkultur nicht überwiegend bei der Senatskulturverwaltung liegen. Wo werde die Zuständigkeit gesehen?

Dr. Konrad Schmidt-Werthern (SenKultGZ) erklärt, der Veranstalter müsse mit den ihm im Etat zugewiesenen Mitteln umgehen; was daraus für die nächste Durchführung der Veranstaltungen folge, könne er jetzt nicht sagen. Es werde voraussichtlich Einschränkungen geben, auch bei den Märchentagen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Rest schriftlich beantwortet werde.

Oda Hassepaß (GRÜNE) bezieht sich auf Teilansatz 3 – Literarische Veranstaltungen –, wo kein Aufwuchs erfolge. Wie, wenn nicht hier, solle die Basisförderung für Literatur in Berlin gewährleistet werden? Gebe es noch Mittel in anderen Titeln, die verschoben werden könnten, um hier Basisarbeit an den dezentralen Standorten vornehmen zu können?

Senator Joe Chialo (SenKultGZ) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

Der **Ausschuss** erwartet den Bericht bis zur zweiten Lesung.

Titel 68311 – Zuschüsse zur Unterstützung der Berliner Wirtschaft in Notlagen –

Dr. Hugh Bronson (AfD) fragt, warum diese Zuschüsse nicht im Einzelplan 13 ausgewiesen würden und wo die Soforthilfe IV ausgewiesen worden sei. Aktuell fänden eine Schlussrechnung der Corona-Bundeshilfen sowie eine Verwendungsnachweisprüfung der Soforthilfe IV statt. Laut Berichten könne es zu Rückforderungen wegen zu Unrecht erhaltener Mittel kommen. Es entstehe der Eindruck, dass die Verwendungsprüfung des Landes dazu führe, dass es vom Bund zu Rückforderungen aus der Soforthilfe IV kommen werde und die Kulturverwaltung die Betrugsfälle auffangen wolle. Die Coronahilfe werde für diese Unternehmen, welche zu Unrecht Mittel erhalten haben sollten, fortgesetzt, damit diese Unternehmen durch Rückforderungen nicht in eine Schieflage kämen. Er bitte dazu um Stellungnahme.

Senator Joe Chialo (SenKultGZ) schildert, er gehe nicht davon aus, dass mit den Rücklagen Betrugsfälle gesponsert würden. Vielmehr gehe es darum, diejenigen im Kulturraum zu retten, die ohne diese Mittel in eine existenzgefährdende Notlage gerieten.

Dr. Konrad Schmidt-Werthern (SenKultGZ) ergänzt, die Soforthilfeprogramme seien über den Wirtschaftsetat abgewickelt worden und beträfen Unternehmen der Kreativwirtschaft sowie Kultur- und Medienunternehmen. Die Soforthilfeprogramme seien beendet. 2023 finde noch ein Härtefallprogramm statt. Die Gesamtabrechnung erfolge aufseiten des Bundes und nachlaufend bei der IBB. Im Etat 2024/25 werde eine Vorsorge für Zuwendungsempfänger getroffen, die unverschuldet, also nicht aufgrund betrügerischer Absicht, in eine Notlage gerieten. Da die Verwendungsnachweisprüfungen erst anliefen, gehe SenKultGZ davon aus, dass mit einer ansteigenden Welle in Richtung 2025 zu rechnen sei.

Christian Goiny (CDU) spricht an, es gebe Hinweise, dass bei der Prüfung der Verwendungsnachweise, z. B. in der Clubszene, die Bewertungskriterien für die Bewilligung der Hilfe im Nachgang geändert worden seien. Er bitte um eine Übersicht über die Kriterien bei Aus-

reichung der Mittel und die Prüfkriterien bei Abrechnung der verwendeten Mittel sowie um eine schriftliche Begründung im Detail, ggf. von der IBB.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass bis zur zweiten Lesung schriftlich berichtet werde.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

Oda Hassepaß (GRÜNE) fragt, nach welchen Entscheidungskriterien Teilansatz 19 – PINKDOT GmbH – komplett gestrichen worden sei. Es handele sich um das einzige freie queere Projekt. Des Weiteren interessiere sie, nach welcher Systematik SenKultGZ Kürzungen bzw. komplette Streichungen bei den Projekten vorgenommen habe.

Senator Joe Chialo (SenKultGZ) antwortet, man habe vor großen fiskalischen Herausforderungen gestanden, sodass es bei der Förderung auch Härten gebe. Die Kürzungsentscheidungen habe SenKultGZ nicht gerne getroffen.

Oda Hassepaß (GRÜNE) stellt die Nachfrage, nach welchen Kriterien – politische Ausrichtung, Zielgruppe, Standort, Wirtschaftlichkeit oder Notlage der Projekte – die Zuschussvergabe geprüft worden sei, damit die Entscheidungen nachvollziehbar seien.

Senator Joe Chialo (SenKultGZ) verneint eine politische Entscheidungsgrundlage und verweist auf fehlende Mittel. Die Erhöhung 2023 sei im parlamentarischen Verfahren erfolgt.

Oda Hassepaß (GRÜNE) kündigt an, eine schriftliche Frage nachzureichen, damit diese konkret beantwortet werden könne. Sie bitte außerdem um Hinzunahme eines weiteren Teilansatzes für die Berlin Ballet Company, damit Künstler/-innen dort weiter beschäftigt werden könnten.

Christian Goiny (CDU) nimmt Bezug auf Teilansatz 31 – Modellfläche TXL –, der im Zusammenhang mit anderen Aktivitäten im Bereich urbane Praxis stehe. Laut Koalitionsvertrag solle die Entwicklung von temporären Räumen und Open-Air-Flächen auch für Kultur und Kreativität verstärkt werden. Dafür solle es ein entsprechendes Konzept geben. Er bitte den Senat um eine schriftliche Übersicht, wie diese Projekte weiter finanziert würden, wer die jeweiligen Akteure seien, wie diese unterstützt würden, welchen Bearbeitungsstand das Konzept habe, um die Genehmigungsverfahren und die Ermöglichung der Nutzung von Räumen sicherzustellen, und wo ggf. noch nachgesteuert werden müsse. Notwendig seien dazu sicherlich Zuarbeiten der SenStadt und SenMVKU.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass bis zur zweiten Lesung schriftlich berichtet werde und weitere Fragen bis kommenden Dienstag um 14 Uhr nachgereicht werden könnten.

Titel 68610 – Zuschüsse für kulturelle Aktivitäten freier Gruppen –

Oda Hassepaß (GRÜNE) bittet zu Teilansatz 2 darum, die Bereiche Jazz und Ernste Musik wieder getrennt auszuweisen.

Christian Goiny (CDU) wünscht eine Auflistung, welche Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten mit welchen Beträgen für die Jazzszene, auch die freie Jazzszene, im Haushalt möglicherweise bei verschiedenen Titeln veranschlagt worden seien.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) spricht an, dass 2024 mehr Mittel zur Stärkung des Schwerpunktes in der Alten Münze eingestellt werden sollten. Sie bitte ergänzend um Darstellung, wie dies an dem Standort umgesetzt werden solle.

Senator Joe Chialo (SenKultGZ) sagt einen schriftlichen Bericht zu. Die Zusammenlegung von Jazz und Ernster Musik führe nicht dazu, dass die Teilbereiche weniger bekämen.

Der **Ausschuss** erwartet den Bericht bis zur zweiten Lesung.

Titel 89110 – Zuschüsse für den Ausbau von Arbeitsräumen für Künstlerinnen und Künstler –

Sven Heinemann (SPD) bittet um einen schriftlichen Bericht, in welchen Liegenschaften für wen, wann und mit welchen Kosten Räume ausgebaut werden sollten, was aktuell im Rahmen der verfügbaren Mittel geplant sei und wo es darüber hinaus schon Überlegungen gebe. Der Bericht – wie der vorhin von ihm angeforderte – könne in Tabellenform abgegeben werden.

Dr. Hugh Bronson (AfD) fragt, welche Baumaßnahmen im Zusammenhang mit dem Innovationsförderfonds geplant seien.

Vorsitzender Stephan Schmidt verweist auf den Berichtsauftrag des Herrn Abg. Heinemann.

Christian Goiny (CDU) bittet, in dem Bericht ergänzend darzustellen, wie die weitere Finanzierung der Uferhallen gesichert sei und ob der Weiterbetrieb mit dem vorgesehenen Betrag gewährleistet werden könne, ggf. wie lange.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bemerkt, dass regelmäßig ein Arbeitsraumbericht vorgelegt werde. Solle dieser entsprechend erweitert werden?

Christian Goiny (CDU) erklärt, dass man sich dies zur zweiten Lesung überlegen könne.

Dr. Hugh Bronson (AfD) schließt sich dem Berichtsauftrag des Herrn Abg. Heinemann an.

Der **Ausschuss** erwartet den Bericht bis zur zweiten Lesung.

MG 02 – Bühnen und Tanz

Titel 68219 – Zuschuss an die Hebbel-Theater Berlin GmbH –

Oda Hassepaß (GRÜNE) bittet um einen Bericht, warum die Erhöhung der Betriebs- und Personalkosten hier nicht berücksichtigt worden sei.

Der **Ausschuss** erwartet den Bericht bis zur zweiten Lesung.

Titel 68322 – Zuschüsse an sonstige Privattheater –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) wünscht einen Bericht, wie der Senat die von einer unabhängigen Jury festgestellten Bedarfe für die vierjährige Konzeptförderung künftig umsetzen wolle. Hier sei der Einstieg in die erste Stufe geplant, aber in dem Gutachten würden mehrere Stufen vorgeschlagen. In welcher Zeitabfolge sei die Umsetzung geplant?

Der **Ausschuss** erwartet den Bericht bis zur zweiten Lesung.

Titel 68611 – Zuschüsse an Kinder-, Jugend- und Puppentheater –

Oda Hassepaß (GRÜNE) bittet um einen schriftlichen Bericht bis zur zweiten Lesung. Die Angebote für Kinder und Jugendliche seien verschwindend gering. Deshalb vermute ihre Fraktion, dass der Titelansatz nicht in dem Maße aufgewachsen sei, wie es notwendig wäre, um die Bedürfnisse der Kleinsten in Sachen Kultur befriedigen zu können.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

MG 03 – Museen, Gedenkstätten und Erinnerungskultur

Titel 68573 – Sonstige Zuschüsse an Museen –

Dr. Hugh Bronson (AfD) konstatiert, dass der Ansatz von 6,7 Mio. Euro 2023 auf 5,7 Mio. Euro 2025 sinke. Bei Teilansatz 5 – Verein der Freundinnen und Freunde des Schwulen Museums in Berlin e. V. – falle der vergleichsweise hohe Zuschuss auf, der bspw. deutlich über dem Teilansatz 4 – Aktives Museum Faschismus und Widerstand e.V. – liege. Das Computerspielmuseum habe 100 000 Besucher im Jahr gehabt und erhalte nur einen sehr geringen Zuschuss. Das Blindenmuseum bekomme nichts mehr. Gleiches gelte für Teilansatz 14 – Erhöhung Programmmittel in den landesgeförderten Museen –, der von fast 1 Mio Euro auf null abfalle. Er bitte, die Verteilung der Mittel, die arbiträr zu sein scheine, zu erläutern.

Dr. Konrad Schmidt-Werthern (SenKultGZ) führt aus, grundsätzlich gelte bei diesen Förderungen, dass sie bedarfsgerecht erfolgten und nur dann, wenn öffentliche Gelder erforderlich seien. Was bedarfsgerecht sei, hänge vom Einzelfall ab. Herr Abg. Dr. Bronson habe Museen mit sehr unterschiedlicher Größe, Lage und Mitarbeiterzahl angesprochen.

Dr. Hugh Bronson (AfD) bittet um einen schriftlichen Bericht.

Der **Ausschuss** erwartet den Bericht bis zur zweiten Lesung.

MG 04 – Musik (Chöre, Orchester und freie Musikszene)

Titel 68258 – Zuschuss an das Konzerthaus Berlin –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) wünscht einen Bericht zur Gehaltsstruktur der drei großen Orchester des Landes Berlin – Philharmoniker, Konzerthausorchester und Staatskappelle –. Zudem solle ein Vergleich der Gehaltsstruktur zu anderen städtischen Orchestern großer Städ-

te wie Dresden, Leipzig, Hamburg und Hannover vorgelegt werden. Anhand der Differenz würde sich ihre Fraktion dann darüber verständigen wollen, wie man diese Differenz stufenweise abbauen könne.

Dr. Konrad Schmidt-Werthern (SenKultGZ) erklärt, dass sein Haus den zweiten Teil des Berichtsauftrags in der Kürze der Zeit nicht hinbekommen werde und nachliefern müsse. Für die Abfrage brauche SenKultGZ einen Monat.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet, die Vergleiche vorzulegen, sobald dies möglich sei.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Titel 68575 – Sonstige Zuschüsse an Chöre und Orchester –

Oda Hassepaß (GRÜNE) konstatiert zu Teilansatz 3 – Landesmusikrat Berlin e. V. –, dass die Auswüchse zu gering seien, um die Infrastruktur aufrechterhalten zu können. Es gebe einen Mehrbedarf für Personal und Kostensteigerungen. Daher bitte sie um einen Bericht.

Der **Ausschuss** erwartet den Bericht bis zur zweiten Lesung.

Titel 68618 – Zuschüsse an die Musicboard Berlin GmbH –

Dr. Hugh Bronson (AfD) spricht an, dass 500 000 Euro künftig in Titel 68123 – Ehrungen, Preise – nachgewiesen würden und 300 000 Euro für das Musicboard hinzukämen, sodass insgesamt 200 000 Euro weniger zur Verfügung stünden. Wie erklärten sich vor diesem Hintergrund der Mittelaufwuchs und das Delta von 500 000 Euro im Vergleich zum Ansatz 2023?

Christian Goiny (CDU) fragt, wo und für welchen Zweck die umgesetzten 500 000 Euro in Titel 68123 etatisiert worden seien. Außerdem bitte er um eine Zuarbeit der Verwaltung für den Zuschuss an die Clubcommission bis zur zweiten Lesung zur Titelsystematik und zum bisherigen Förderumfang. Im Koalitionsvertrag sei vereinbart, dass es einen eigenen Titel zur Förderung der Clubcommision gebe.

Senator Joe Chialo (SenKultGZ) sagt einen schriftlichen Bericht zu. Die 500 000 Euro seien für den Tag der Clubkultur, die 300 000 Euro für die internationale Vernetzung, die Mentoringprogramme, vorgesehen.

Christian Goiny (CDU) vertritt die Ansicht, dass die 500 000 Euro für den Tag der Clubkultur in Titel 68123 in keinem der Punkte aufgelistet seien.

Senator Joe Chialo (SenKultGZ) erklärt, dass dies im Bericht aufgeklärt werde.

Der **Ausschuss** erwartet den Bericht bis zur zweiten Lesung.

MG 06 – Förderung der Literatur und Bibliotheken

Titel 68568 – Zuschuss an die Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) erinnert daran, dass der Senator zum Thema Lafayette und Umzug der ZLB eine Analyse für November zugesagt habe. Ergänzend zu diesen Zahlen bitte ihre Fraktion um einen Bericht zum Zeit- und Kostenplan für den aktuellen Standort am Blücherplatz und die dort vorgesehene Erweiterung, damit man dies vergleichen könne.

Oda Hassepaß (GRÜNE) bittet, zudem die wesentlichen Ergebnisse der Verkehrswertgutachten und der Due-Diligence-Prüfung seitens der BIM vorzulegen. Dies müsste bis zur zweiten Lesung möglich sein.

Helge Rehders (SenKultGZ) verweist darauf, dass die BIM ihre Prüfung zur Due Diligence und zum Verkehrswert erst im November abschließen könne, die Berichte zur zweiten Lesung aber schon Ende Oktober abzugeben seien.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Bericht im Dezember vorgelegt werde.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet, beides zusammen in der Schlusslesung des Haushalts aufzurufen, damit man eine seriöse Grundlage habe.

Sven Heinemann (SPD) wünscht eine Information im Bericht, wann der Senat zum ersten Mal davon gehört habe, dass der vorherige Eigentümer des Kaufhauses die Immobilie verkaufen wolle.

Christian Goiny (CDU) schlägt vor, dass bis zur zweiten Lesung ein Zwischenbericht vorgelegt werde. Wenn alles seriös geprüft sei, solle ein Folgebricht vorgelegt werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass die Schlusslesung des Einzelplans 08 am 1. Dezember stattfinden werde.

Senator Joe Chialo (SenKultGZ) sagt einen Zwischenbericht zu.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Kapitel 0812 – Brücke-Museum –
Kapitel 0813 – Gedenkstätte Deutscher Widerstand –
Kapitel 0814 – Landesarchiv –
Kapitel 0820 – Leistungen an die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften –

Jeweils keine Wortmeldung.

Kapitel 0850 – Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt – Engagement und Demokratieförderung –

Mitberaten werden:

a) Bericht SenKultGZ – III A 8 – vom 22.08.2023 — 0882 A
Konzept und Zeitplan für einen Bürgerinnen- und Bürgerrat — Haupt
(Berichtsauftrag aus der 9. Sitzung vom 30.03.2022)
(in der 39. Sitzung am 30.08.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 08 zurückgestellt)

b) Bericht SenKultGZ – III A 8 – vom 25.08.2023 — 0580 B
Umsetzung der Maßnahmen zur Bürgerbeteiligung und Bürgerhaushalte Beschluss des Abgeordnetenhauses zum Haushaltsplan hier: mein.berlin.de und Maßnahmen im Rahmen der Bürgerbeteiligungsstrategie — Haupt
(Berichtsauftrag aus der 37. Sitzung vom 07.06.2023)
(in der 40. Sitzung am 13.09.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 08 zurückgestellt)

Hendrikje Klein (LINKE) spricht an, dass das Landesdemokratiefördergesetz bei SenASGIVA verantwortet werde. Sei SenKultGZ bereits eingebunden, ggf. wie und bis wann werde geprüft, ob evtl. ein Bürgerinnen- und Bürgerrat dazu gemacht werde? – Ein Ausblick zu mein.berlin.de fehle. Eine Weiterentwicklung sei geplant gewesen, weil die Seite noch keinen perfekten Stand für die Umsetzung von Beteiligungsmaßnahmen habe. Was sei geplant?

Staatssekretär Oliver Friederici (SenKultGZ) antwortet auf die erste Frage, es sei keine direkte Beteiligung geplant, es werde aber einen engen Austausch geben.

Friedemann Walther (SenKultGZ) ergänzt, die Weiterentwicklung von mein.berlin.de finde statt, dies sei jedoch ein Thema der SKzl.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rote Nrn. 0882 A und 0580 B zur Kenntnis.

c) Bericht SenKultGZ – III A 8 – vom 18.09.2023 — 0580 D
Umsetzung der Maßnahmen zur Bürgerbeteiligung und Bürgerhaushalte hier: Fragen der Fraktion der SPD — Haupt
(Berichtsauftrag aus der 37. Sitzung vom 07.06.2023)
(in der 42. Sitzung am 27.09.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 08 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0580 D ohne Aussprache zur Kenntnis und schließt die erste Lesung des Einzelplans 08 ab.

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke –
Kapitel 2708 – Aufwendungen der Bezirke – Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt –

Keine Wortmeldung.

[Unterbrechung der Sitzung von 11.23 bis 12.04 Uhr]

Einzelplan 13 – Wirtschaft, Energie und Betriebe –

Mitberaten wird:

Bericht SenWiEnBe – Z P 21 – vom 09.08.2023 **Erreichung von Prozessoptimierungen, Ablaufbeschleunigungen und -vereinfachungen sowie Umsetzung von Digitalisierungsprojekten hier: Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe** gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23 Hinweis: Mitteilung zur Kenntnisnahme (in der 39. Sitzung am 30.08.2023 zur 1. Lesung des Einzelplans 10 vertagt)	1096 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1096 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitelübergreifend

Sebastian Walter (GRÜNE) kündigt an, dass seine Fraktion schriftliche Fragen zur PMA und zu den Zuwendungen nachreichen werde. Er bitte, den Bericht Nr. 7 der Sammelvorlage SenWiEnBe aus dem Fachausschuss auch dem Hauptausschuss zur zweiten Lesung zur Verfügung zu stellen, die Programme zu erläutern und die Entnahme aus der Rücklage zu begründen. Auch den Bericht Nr. 11 zum Gewerbeschutz hätte er gerne im Hauptausschuss. Im Bericht werde genannt, dass bei gemischten Bauflächen, in denen Kleinunternehmen und Handwerksbetriebe in besonderem Maße zu finden seien, in gewissem Rahmen auch baurechtliche Regelungen in Anschlag gebracht werden könnten. Was tue der Senat? In mehreren Bezirken seien bereits Wirtschaftsflächenkonzepte aufgestellt worden. Ihn interessiere, um welche Bezirke es sich handele und welche Bezirke noch fehlten. Zudem bitte er um einen Sachstandsbericht Anfang 2025 zu den landeseigenen Gewerbehöfen und dem Einsatz gewerblicher Konzeptverfahren. Darüber hinaus bitte er, dem Hauptausschuss den Bericht Nr. 13 zur Verfügung zu stellen. Ihn interessiere ergänzend zu dem Bericht, wie SenWiEnBe neben der Frauenförderung auch Diversitätsförderung berücksichtige, wie viele Erklärungen Unternehmen 2020, 2021 und 2022 zur Gleichstellungsklausel im Vergabegesetz abgegeben hätten, wie die Kontrolle erfolge und ob die angekündigte Entbürokratisierung des Vergaberechts auch bedeute, dass die Gleichstellungsklausel abgeschwächt werde.

Zum Thema Einkaufsstraßen bitte er ebenfalls um den Bericht Nr. 18. Teile des Neustartprogramms sollten in ein Resilienzprogramm münden. Er frage nach der Finanzierung. Er bitte, dem Hauptausschuss auch die Berichte Nr. 21 zur sozialökologischen Transformation, Nr. 22 zur migrantischen Ökonomie sowie Nr. 23 zur künstlichen Intelligenz zur Verfügung zu stellen. SenASGIVA habe zur künstlichen Intelligenz und algorithmenbasierten Entscheidungssystemen ein Gutachten beauftragt, das auch die Frage untersuchen solle, wie diese Entscheidungen erfolgten und was dies mit Diskriminierung zu tun haben könnte. Er bitte zu erläutern, ob die Frage Diskriminierung und KI im Rahmen der aufgelisteten Programme mit berücksichtigt werde. Im Übrigen bitte er um den Bericht Nr. 31 zum Masterplan Industriestadt.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass Fragen bis zum kommenden Dienstag um 14 Uhr nachgereicht werden könnten und dem Hauptausschuss die angeforderten Berichte als selbstständige Berichte übermittelt werden sollten.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) legt dar, der Einzelplan 13 solle den übergeordneten Zielen entsprechen, die Wirtschaft und die Vielfalt in der Wirtschaft zu fördern, beim Thema erneuerbare Energien voranzukommen und die landeseigenen Unternehmen zu unterstützen. Die gewünschten Berichte würden dem Ausschuss so schnell wie möglich zur Verfügung gestellt. Beim Thema Gewerbeschutz sei das Ziel, die Gewerbeflächen in der Stadt zu schützen, neue zu schaffen und die Abwanderung und Verdrängung von Gewerbe aus der Innenstadt zu verhindern. Bei den Gewerbemieten seien große Steigerungen zu verzeichnen. Daher gehe es um das Thema, bezahlbaren Gewerberaum zur Verfügung zu stellen. Insbesondere KMU benötigten Gewerbeflächen in Größenordnungen, die nicht ausreichend verfügbar seien. Die Wirtschaftsflächenkonzepte der Bezirke und der StEP Wirtschaft seien essenziell. Das Thema landeseigne Gewerbehöfe solle adressieren, bezahlbare Gewerbeflächen zu schaffen, um Abwanderung zu verhindern.

Frauenförderung sei ein Schwerpunkt. Sie verweise auf den GründerinnenBONUS, die Meistergründungsprämie für Frauen, den Unternehmerinnenpreis und den Unternehmerinnentag. Bei den Gründungen seien Frauen immer noch unterrepräsentiert. Berlin solle die Stadt der Frauen sein; dies solle auch in der Wirtschaft gelten. Zum Thema Diversitätsförderung halte sie fest, dass man die volle Vielfalt und das volle Potenzial der Talente in der Stadt ausnutzen wolle. Auch die migrantische Ökonomie werde adressiert. Beim Vergabegesetz wolle man nicht hinter ökologische und soziale Standards zurückfallen. Dies betreffe Frauen- und Diversitätsförderung, aber auch anständige Bezahlung und Arbeitsbedingungen.

Beim Neustartprogramm wolle man auf die Erfahrungen des letzten Jahres aufbauen. Das Neustartprogramm habe in Wirtschaft und Kultur dazu beigetragen, die Folgen der Pandemie abzumildern. Es sei gelungen, auch in der Kreativ- und Kulturwirtschaft einen Neustart hinzubekommen. Sie verweise auf das Wirtschaftswachstum von 4,9 Prozent in Berlin im letzten Jahr, das ein sehr großer Erfolg gewesen sei. Auch in der Prognose werde Berlin wahrscheinlich mit 1,5 Prozent Wachstum überdurchschnittlich abschneiden. Nach der Neustartphase solle die Wirtschaft stabilisiert werden. Die Branchen, die vom Neustartprogramm profitiert hätten, seien bei etwa 86 Prozent des Vorkrisenniveaus angekommen, was angesichts des sehr hohen Wachstums 2019 ein guter Wert sei, man wolle aber auf 100 Prozent des Vorkrisenniveaus kommen. Nach der Neustartphase gehe es um die Stabilisierungsphase. Das Programm sei mit 20 Mio. Euro avisiert und solle sich an die Branchen richten, die noch nicht wieder auf dem Vorkrisenniveau angekommen seien.

Zum Thema KI werde SenWiEnBe gerne berichten; Algorithmen, die eine ungerechte Situation in der Gesellschaft verfestigten, seien ein Riesenthema. SenWiEnBe werde dies beim Umgang mit KI thematisieren. – Mit den Zukunftsstandorten habe Berlin eine gute Grundlage für die Industrie. Der Masterplan und der Steuerungskreis Industriepolitik sollten weiter umgesetzt werden. Berlin solle weiter als Industriestandort profiliert werden. Dazu gehöre ein gutes Flächenmanagement. Deswegen werde man auch den digitalen Zwilling angehen.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bemerkt, dass der Wirtschaftsetat gegenüber 2023 schrumpfe; bestimmte signifikante Ausgaben sollten aus dem noch zu beschließenden Sondervermögen bestritten werden. Seine Fraktion teile die Zielstellung, wenn es sich um nachhaltige Transformationsaufgaben handele, die schuldenbremsenkonform nicht leicht geschultert werden könnten, die Umsetzung müsse aber rechtssicher erfolgen. Die Änderungen im Fachausschuss seien angesichts des Ausgabenvolumens ein signifikantes Manöver. Warum habe SenWiEnBe die Risiken bei der Veranschlagung nicht gesehen und schon vorher berücksichtigt?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) verweist auf die wichtigsten Zukunftsaufgaben in der Stadt, z. B. Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und Transformation zur klimaneutralen Stadt. Die klimaneutrale Stadt werde man nur erreichen, wenn man bereit sei, in Größenordnungen in die Transformation zu investieren. Daher solle ein entsprechendes Sondervermögen aufgelegt werden, um in Gebäudeenergieeffizienz, Mobilitätswende, erneuerbare Energien und Transformation der Wirtschaft zu investieren. Das Sondervermögen müsse auf erneuerbare Energien – Wasserstoff, Solar, Wind, Geothermie – und den Masterplan Solarcity adressiert werden. Dinge, die man bisher nicht habe machen können, werde man über das Sondervermögen machen. Bei der Haushaltsaufstellung sei man davon ausgegangen, dass mit dem Sondervermögen erweiterte Programme mit größeren Spektren möglich würden, zumal bestimmte Förderprogramme ausliefen. Für SolarPLUS seien 2024 über 18 Mio. Euro eingeplant, um Projekte schlussfinanzieren zu können. Ab 2025 müsse ein neues, erweitertes Programm kommen. Bis 2035 sollten 25 Prozent der Stromerzeugung in Berlin mit Solaranlagen erfolgen, derzeit liege man etwa bei 3,5 Prozent, sodass man deutlich mehr tun müsse. Dies solle im Sondervermögen adressiert werden. SenWiEnBe müsse die Entscheidungen im parlamentarischen Verfahren respektieren und mit ihnen umgehen.

Sebastian Walter (GRÜNE) teilt mit, dass seine Fraktion das Sondervermögen unterstütze, sich aber die Frage der Rechtssicherheit stelle. Dreh- und Angelpunkt sei, was im Errichtungsgesetz stehen werde. Er verweise auf das Kriterium der Zusätzlichkeit. Die Frage, inwieweit Programme beendet seien, um eine Finanzierung aus dem Sondervermögen zu machen, erfordere Rechtssicherheit. Er begrüße daher, dass die Verweise auf eine mögliche Anschlussfinanzierung aus dem Sondervermögen herausgenommen worden seien, denn Konflikte mit dem Errichtungsgesetz müssten vermieden werden. Insofern verwunderte ihn das Vorgehen der SenFin. Die im Errichtungsgesetz beschriebenen Kriterien würden im parlamentarischen Verfahren noch diskutiert. Auch Messgrößen müssten noch hinterlegt werden. Die Änderungen der Koalitionsfraktionen bedeuteten Kürzungen an anderen Stellen, auch in Schwerpunktbereichen. Wie wolle SenWiEnBe mit den Kürzungen umgehen? Könne noch ein Ausgleich geschaffen werden?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) äußert, sie danke für die Unterstützung des Sondervermögens; es sei wichtig, parteiübergreifend dieses wichtige Thema anzugehen. Im Rahmen der Erarbeitung des Sondervermögenerrichtungsgesetzes sei rechtliche Expertise eingeflossen. Das Gesetz sei vor der Sommerpause im Senat beschlossen worden und befinde sich nun im parlamentarischen Verfahren. Das noch ausstehende Rechtsgutachten der Finanzverwaltung könne Grundlage sein, die weitere Aufstellung des Sondervermögens auch rechtssicher zu gestalten. Es sei auch ihr Anliegen, dass alles getan werde, um in die Ausgestaltung der vier Schwerpunktbereiche zu kommen und die entsprechenden Standards und Kriterien für die Auswahl der zu fördernden Vorhaben festzulegen. Das Ziel der Klimaneutralität müsse ganz vorne stehen. Es sollten Maßnahmen gefördert werden, die einen Impact auf das Thema CO_2-Ausstoß hätten. Große Schwerpunkte lägen im Bereich der Wärmeversorgung, im Bereich Mobilität und der Gebäudeenergieeffizienz. Bei vielen Projekten könne dies umgesetzt werden. Am gestrigen Tag habe sie die neue Solaranlage auf dem Dach der Berliner Messe gestartet. Dort würden 50 000 m² mit 20 000 Modulen belegt, mit denen eine messbare Einsparung von 2 900 Tonnen CO_2 pro Jahr möglich sei, so viel, wie bislang der gesamte Solarausbau eines Jahres in Berlin. Nach der entsprechenden Befassung im Wirtschaftsausschuss und der anderen Fokussierung bedeute dies Kürzungen in anderen Bereichen. Diese Entscheidung träfen aber die Parlamentarier.

Sächliche Verwaltungsausgaben

Rolf Wiedenhaupt (AfD) konstatiert, bei den sächlichen Verwaltungsausgaben gäbe es schon beträchtliche Aufwüchse von 2022 zu 2023, erst recht aber von 2023 zu 2024. Er bitte um Erläuterung.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) sagt schriftliche Beantwortung zu.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, dass entsprechend verfahren werde.

Gender Budgeting

Sebastian Walter (GRÜNE) dankt der Senatsverwaltung für die Darstellung im Einzelplan. Welche Grenzen der Einflussmöglichkeiten würden gesehen? Gebe es eigene Vorschläge, diese Grenzen zu überschreiten? Bei der Erweiterung von Gender Budgeting auf Titel 52703 – Dienstreisen – und Titel 52501 – Aus- und Fortbildung – würde er eine Trennung zwischen Führungskräften und Mitarbeitenden begrüßen, weil sich der Gendergap oftmals genau dort zeige. Er bitte um eine entsprechende Aufteilung innerhalb des Personals.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, das Thema Gender Budgeting sei sehr wichtig. Es gebe Unterschiede bei der Budgetverteilung. So bezögen beispielsweise Gründungen von Frauen aus dem Venture Capital viel weniger an Unterstützung als bei Gründungen von Männern. Insofern sei es ihre Aufgabe, einen Ausgleich in den steuerbaren Bereichen vorzunehmen. Mit dem Chancenfonds und dem GründerinnenBONUS solle mehr Gerechtigkeit und mehr Parität erreicht werden. Das Thema sei sehr komplex; eine Vielzahl von Gründen spiele eine Rolle. Sie biete an, diese unterschiedlichen Gründe schriftlich aufzuliefern. Sie achte sehr darauf, dass nicht nur bei Dienstreisen, sondern auch bei Vor-Ort-Terminen, möglichst die Mitarbeitenden der Fachebene, die alles vorbereitet hätten, dabei

seien; es solle eben nicht nur die Führungsebene mitreisen. Sie könne dies auch gern noch detailliert aufliefern.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschuss, dass entsprechend verfahren und schriftlich berichtet werde.

Kapitel 1300 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Mitberaten wird:

a) Bericht SenWiEnBe – Z P 3 – vom 28.06.2023 — 1079
Ausgeschöpfte Personalmittel — Haupt
hier: Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
(Berichtsauftrag aus der 37. Sitzung vom 07.06.2023)
(in der 39. Sitzung am 30.08.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 13 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht, rote Nr. 1079, ohne Aussprache zur Kenntnis.

b) Bericht SenWiEnBe – Z F 11 – vom 16.08.2023 — 0514 D
Entnahme aus der Rücklage Innovationsförderfonds (IFF) im Kapitel 2910, Titel 35907 — Haupt
hier: Finanzierung von im Einzelplan 13 veranschlagten und neuen Maßnahmen
(Berichtsauftrag aus der 25. Sitzung vom 12.10.2022 und aus der 38. Sitzung vom 21.06.2023)
(in der 39. Sitzung am 30.08.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 13 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht, rote Nr. 0514 D, ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 11902 – Ablieferungen von Einnahmen aus Nebentätigkeit –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um eine mündliche Begründung zum Ansatz. Das Ist 2022 liege mit 81 721,51 Euro deutlich über dem Ansatz 2023 und auch über den veranschlagten Ansätzen. Wie prognosesicher sei die Ansatzbildung?

Franziska Giffey (SPD) erklärt, die Einnahmen resultierten zu einem überwiegenden Teil aus Ablieferungen aus Nebentätigkeiten, die sich aus durch den Senator bzw. die Senatorin ausgeübten Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst ergäben. Dazu gehörten beispielsweise Aufsichtsratstätigkeiten. Kleinere Beträge gebe es aus den Ablieferungen der Staatssekretäre und anderer Beschäftigter und von der Wirtschaftsprüferkammer. Es gebe eine Ablieferungspflicht dann, wenn einem Beschäftigten für die Wahrnehmung der Nebentätigkeit eine Entlastung im Hauptamt gewährt werde. Eine entsprechende Einnahmeentwicklung sei abgebildet.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss Beantwortung fest.

Titel 27292 – Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2021-2027) –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) interessiert, wie die Krisenfolgen auf den Mittelabfluss eingeschätzt würden. Wie viele Mittel würden nicht abgerufen? Er bitte um einen Folgebricht zur roten Nummer 0898 zur zweiten Lesung des Einzelplans; Stichtag wäre der 30. September 2023.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, SenWiEnBe werde gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 13 am 10.11.2023 mitzuteilen, wie viele Mittel liegen blieben sowie damit zusammenhängend einen Folgebericht zur roten Nummer 0898 zuzuleiten.

Titel 45903 – Prämien für besondere Leistungen –

Rolf Wiedenhaupt (AfD) begrüßt die Prämiengewährung, um Leistungen zu belohnen; es sei wichtiges Anreizsystem. Zum einen gehe es hier um das Ideenmanagement. Es beinhalte, dass Mitarbeitende Vorschläge unterbreiteten, die umgesetzt würden und zu einer Verbesserung führten. Zum anderen gehe es um herausragende, besondere Leistungen. Er bitte um eine Aufschlüsselung zwischen diesen beiden Tatbeständen. Wie viele Prämien seien für das Ideenmanagement ausgereicht worden und wie viele für besonders herausragende Leistungen?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, es gebe Leistungen für Ideen zur Verbesserung von Verwaltungsverfahren und Prozessen. Besondere Leistungen würden gewährt, wenn es zu besonderen Spitzen und Belastungen gekommen sei. Gerade im Krisenmanagement im letzten Jahr habe es viele Dinge gegeben, die zu einer erhöhten Belastung geführt hätten. Sie werde eine detaillierte Aufstellung schriftlich zukommen lassen.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, SenWiEnBe werde gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweite Lesung des Einzelplans 13 am 10.11.2023 zum Titel 45903 die Aufteilung der Mittel zwischen den Bereichen zu erläutern und näher aufzuschlüsseln.

Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) führt aus, unter anderem seien Hitzeschutzeinbauten vorgesehen, auch eine Photovoltaikanlage solle installiert werden. Er bitte um eine genaue Zeitplanung.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) berichtet, es sei ein langwieriger Prozess gewesen, eine PV-Anlage auf das denkmalgeschützte Gebäude der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe zu bekommen. Noch würden statische Fragen geklärt. Geplant sei der Start für das Jahr 2025. Es sei sinnvoll und ein für die öffentliche Diskussion wichtiger Beitrag, dass die Senatsverwaltung für Energie das Thema auch bildlich darstellen könne. Die Denkmalschutzfragen würden dergestalt diskutiert, diesen Weg gehen zu können. Im Haus

müsse eine Notstromversorgung gewährleistet werden. Beim Wärmeschutz gehe es darum, von außen an die historisch geschützten Fenster Jalousien anbringen zu können, in welcher Form auch immer, da sich die Büros im Sommer extrem aufheizten und sich nicht durch Ventilatoren regulieren ließen. Wärmeschutz sei daher von großer Bedeutung. Mit der Maßnahme werde im Jahr 2024 begonnen.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bemerkt, er halte die Vorhaben für unterstützenswert, insbesondere die Arbeitsschutz- und Wärmeschutzmaßnahmen. Seien noch zu klärende Fragen nicht so signifikant, dass diese Auswirkungen auf die Veranschlagung hätten?

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) bestätigt dies.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss Beantwortung fest.

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) begrüßt die Ansatzerhöhung. Er bitte um Aufschlüsselung. Aus diesem Titel würden fachspezifische Fortbildungen der Prüfbehörde EU-Finanzkontrolle, Antikorruption finanziert. Die Geldwäscheaufsicht sei aber später in Kapitel 1320 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung – veranschlagt. Wie hoch sei der Anteil der für diese Bereiche aufgewendeten Mittel für die Fortbildung?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) trägt vor, es gebe eine Vielzahl von Fortbildungsbedarfen, insbesondere bei der Verbesserung der IT-Kompetenz. Auch Datensicherheit sei ein wichtiges Thema. Fachspezifische Fortbildungen würden vor allem im Bereich der Prüfbehörde EU-Finanzkontrolle, Antikorruption durchgeführt. Es gebe häufig kostenpflichtige Angebote von Anbietern. Auch gebe es rechtliche Verpflichtungen, diese Fortbildungen anzubieten, beispielsweise bei Aufsichtsratstätigkeiten bei der Investitionsbank Berlin. Ab 2027 werde es die zweite Leadership Journey geben, eine spezielle Fortbildungsreihe für Führungskräfte, die aus diesem Titel bezahlt werde. In den vergangenen Jahren habe es auch immer wieder Inhouse-Seminare gegeben, die dort entsprechend adressiert worden seien, Jahresgespräche, Führen-, Zeit- und Selbstmanagement, Diversity-Fortbildungen, aber auch Vergabe- und Zuwendungsrecht. Zur Höhe des entsprechenden angefragten Anteils sage sie schriftliche Nachlieferung zu.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, SenWiEnBe werde gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweite Lesung des Einzelplans 13 am 10.11.2023 zum Titel 52501 aufzuschlüsseln, welchen Anteil bei den Mitteln die fachspezifische Fortbildung im Bereich Anti-Korruption einnehme.

Titel 52703 – Dienstreisen –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um einen schriftlichen Bericht und die genaue Aufschlüsselung.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, SenWiEnBe werde gebeten, schriftlich rechtzeitig zur zweite Lesung des Einzelplans 13 am 10.11.2023 die Fragen zu beantworten.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Sebastian Walter (GRÜNE) kommt auf die Umsetzung Maßnahmeplan CO_2-neutrale Verwaltung zu sprechen. Er danke für die Aufschlüsslung, die den Fachausschuss erreicht habe. Ihn interessiere, wie jenseits der Wirtschaftsverwaltung insgesamt die Maßnahmen CO_2-neutrale Verwaltung bei den anderen Häusern umgesetzt würden und welche Beträge hinterlegt seien. Er bitte senatsübergreifend zu dem Maßnahmeplan CO_2-neutrale Verwaltung, welche Mittel und Maßnahmen hinterlegt seien, um einen Bericht. Auch bitte er um ein Folgebericht zu dem Vorhaben „Neues Arbeiten“ zum Frühjahr 2025 zur Umsetzung.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) legt dar, das Thema Klimaneutralität in Bestandsgebäuden der öffentlichen Hand spiele entscheidende Rolle. Das Thema Gebäudeenergieeffizienz sei mit 40 Prozent der CO_2-Emissionen verknüpft. Die Senatsverwaltung für Klimaschutz kümmere sich vor allem darum, verwaltungsübergreifend das Thema zu bearbeiten. Nach ihrem Eindruck gebe es in den Häusern ein stärkeres Bewusstsein für diese Fragen seit dem letzten Jahr. Sie könne einen schriftlichen Bericht aus ihrem Bereich liefern. Die Gesamtkoordination für die Fragen der Gebäudeenergieeffizienz liege bei der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, SenWiEnBe und SenUMVK würden gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweite Lesung des Einzelplans 13 am 10.11.2023 zum Titel 54010 zu berichten, wie insgesamt die Umsetzung des Masterplans CO2-neutrale Verwaltung mit welchen Mitteln über die Einzelpläne hinweg erfolge. SenWiEnBe werde gebeten, dem Hauptausschuss einen Folgebericht zum Bereich neues Arbeiten im Frühjahr 2025 zuzuleiten.

Titel 97114 – Pauschale Mehrausgaben im Zusammenhang mit gesamtstädtischen Zielvereinbarungen nach § 6a AZG –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um Zurückstellung zur zweiten Lesung.

Sebastian Walter (GRÜNE) führt aus, ihn interessiere ein Folgebericht Ende des nächsten Jahres zur Umsetzung der Gigabit-Strategie, inwieweit es Zielvereinbarungen gegeben habe und welche finanziellen Mittel in der Umsetzung zur Realisierung der Gigabit-Strategie vorgesehen seien.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) führt aus, unter anderem würden für jeden Bezirk zwei bis drei Stellen finanziert sowie vier Stellen für die Koordination durch SenMVKU. Warum seien diese bei SenMVKU vorgesehenen Stellen im Haushaltsplan der Wirtschaftsverwaltung veranschlagt?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erläutert, die Gigabit-Strategie gehöre zu den Kernprojekten des Berliner Senats im Wirtschaftsbereich. Im Kern gehe es darum, bis 2025 flächendeckendende 5G-Versorgung und bis 2028 flächendeckend Glasfaser in der Stadt

zu ermöglichen. Es gebe mit den Bezirken sehr engen Austausch; es gehe nicht ohne die Bezirke. In den Bezirken werde die entsprechende Unterstützung benötigt. Es gehe um die Sondergenehmigung für die Nutzung öffentlichen Straßenlandes, die Möglichkeit, für die umsetzenden Partnerfirmen in den Bezirken und den bezirklichen Straßen- und Grünflächenämtern die Ansprechstrukturen vorzuhalten. Insofern sei die Stärkung sehr wichtig. Es gebe einerseits das Thema im Bezirk, andererseits sei aber die Koordinierung von vier Stellen im Bereich der SenMVKU vorgesehen. In diesem Bereich sei eine ressourcenübergreifende, enge Zusammenarbeit wichtig. In ihrem Haus werde die Gigabit-Strategie koordiniert. Sie lade auch zur Strategierunde ein. SenMVKU sei essenziell für die Frage, wie die Betreuung, das Andocken an die Bezirke auch tatsächlich gelinge. Sie biete dazu einen schriftlichen Bericht an.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) ergänzt, diese vier Stellen könnten bei SenMVKU angesiedelt werden; die Gesamtverantwortung für die Koordinierung werde aus diesem Einzelplan 13 gesteuert, weswegen das Gesamtprojekt hier auch mit den vier Stellen abgebildet sei.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, SenWiEnBe werde gebeten, dem Hauptausschuss bis Ende des Jahres 2024 einen Folgebericht zur Gigabit-Strategie, Zielvereinbarung und Umsetzung, finanzieller Mittelaufwand, zuzuleiten.

Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um Zurückstellung zur zweiten Lesung.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, dass entsprechend verfahren werde.

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) interessiert zum Betrieb des E-Akte-Systems und Einrichtung von Schnittstellen zur digitalen Antragsbearbeitung die Kostenaufschlüsselung zwischen dem Betrieb des E-Aktesystems und der im Haushaltsplanentwurfs dargestellten Einrichtung von Schnittstellen zur digitalen Antragsbearbeitung. Die Senatsverwaltung für Wirtschaft sei eine der ersten Verwaltungen auf Hauptverwaltungsebene, die die E-Aktie betreibe.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) pflichtet bei, die Digitalisierung von Anträgen sei enorm wichtig, auch bezüglich der vielen neuen Programme. Dies sei auch großes Thema im Sondervermögen.
Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) sagt schriftliche Nachreichung zu. Die Wirtschaftsverwaltung verfüge seit einigen Jahren über das E-Aktesystem. Es handelt sich dabei nicht um die digitale Akte, die der Senat senatsseitig ausrolle, um in einer bestimmten Zeit alle Senatsverwaltungen mit diesem System zu bestücken. Es gebe ein eigenprogrammiertes System, damit die Wirtschaftsverwaltung als zuständige Senatsverwaltung, die für die Wirtschaft immer wieder Digitalisierung proklamiere, auch vorlebe, dass die tägliche Arbeit durch ein digitales System funktioniere. Es funktioniere in der Wirtschaftsverwaltung medienbruchfrei einwandfrei. Es könne nach außen stärker kommuniziert werden, dass es im Senat bereits viele Strukturen gebe, die entsprechend arbeiteten.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, SenWiEnBe werde gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweite Lesung des Einzelplans 13 am 10.11.2023 zum Titel 51185, TA 2, die Kosten der beiden genannten Bereiche aufzuschlüsseln.

Kapitel 1309 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Personalüberhang –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1320 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung –

Mitberaten wird:

a) Bericht SenWiEnBe – II A 1 – vom 02.09.2023 — 0545 B Haupt
Übersicht über die verschiedenen Hilfsmaßnahmen und Programme auf Bundes- und Landesebene für die Wirtschaft im Zusammenhang mit der Corona-Krise
2. Halbjahresbericht 2023
(wiederkehrender Berichtsauftrag aus der 75. Sitzung der 18. WP vom 27.05.2020)
(in der 41. Sitzung am 20.09.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 13 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht 0545 B ohne Aussprache zur Kenntnis.

b) Bericht SenWiEnBe – II B 32 – vom 01.09.2023 — 0577 C Haupt
Umsetzung des Tourismuskonzeptes
gemäß Auflage B. 114 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23
(in der 44. Sitzung am 04.10.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 13 zurückgestellt)

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) trägt vor, das Thema Stadtrendite 4.0 sei wesentlicher Bestandteil. Unter anderem erfolge die Evaluierung des DFB-Pokalfinales 2023 sowie der Special Olympics World Games. Eine Evaluation zur UEFA Euro 2024 solle ebenfalls erstellt werden. Dies sei der identische Befund, den es auch schon zur ersten Lesung des Einzelplans 05 gegeben habe. Auch Senatorin Spranger sei schon nach ihrer Einschätzung gefragt worden, wie die Stadtrendite eingeschätzt werde mit Blick auf die bekannt gewordenen Mehrbedarfe gegenüber der Veranschlagung. Die Frage sei wegen der noch laufenden Evaluationen noch nicht beantwortet worden. Er könne aber nicht nachvollziehen, weil zumindest in den bekannten Unterlagen zu den Host-City-Vertragen eine Zahl zur erwarteten Stadtrendite aufgeführt sei auf Basis der Erfahrungen der Vergangenheit. Spätestens zur zweiten Lesung würden valide Schätzungen benötigt, um haushälterische Entscheidungen zu treffen. Wie sei der aktuel-

le Stand bei diesen verschiedenen Evaluationsprozessen? Wann könne zum Thema Stadtrendite 4.0 beispielsweise für diese großen kommerziellen Sportereignisse eine bestätigte Zahl geliefert werden? Ihn interessierten mögliche Abweichungen.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) führt aus, ihm gehe es um I.2, der Bereich Local Tourismus, die Stärkung des Tourismus in den einzelnen Bezirken dezentral seit 2018. Er habe den ersten Antworten auf die Berichtsaufträge entnommen, dass dies auch weiterhin forciert werden solle und als wichtig betrachtet werde. In der Umsetzung sehe er nette Erwartungsansprüche, könne aber keine konkreten Projekte finden. Eigentlich habe es eine Kooperationsvereinbarung aus dem Frühjahr gegeben. In Q3 habe eine Projektgenerierung kommen sollen. Für 2024 bitte er um die schriftliche Benennung der konkreten Projekte, die Bezirke zum Thema „Lokaler Tourismus“ umsetzen wollten – diese müssten schon vorbereitet sein –, um gegebenenfalls kontrollieren zu können, wie sie sich entwickelten und ob diese realistisch seien.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) trägt vor, die Stadtrendite für die EURO 24 könne aus sportfachlicher Sicht nicht bewertet werden. Es könne nur aus Messe- und Kongresssicht und auch aus der Frage der tatsächlichen Auswirkungen auf das Gastronomie-, Hotellerie- und Tourismusspektrum bewertet werden. Sie gehe davon aus, dass es eine sechs- bis siebenfache Stadtrendite geben werde. Dies speise sich aus Erfahrungswerten anderer Großveranstaltungen; auch der Berlinmarathon habe eine ähnliche Stadtrendite. Berlin werde einmal mehr als Anziehungspunkt für den Tourismus, aber auch als Sportmetropole profiliert. Sie gehe davon aus, dass nicht nur dieses Wochenende nachwirke, sondern dass auch darüber hinaus all diejenigen, die ein solches Sporterlebnis hier erlebt hätten, angeregt würden, vielleicht noch einmal wiederzukommen. Sie spreche sich ganz klar für diese Investition aus. Zum Thema Tourismus gebe es in der Berichterstattung eine Reihe von Einzelmaßnahmen aus den Bezirken, die schon aufgelistet seien. Diese sollten ganz besonders gesamtstädtisch, aber auch in den Bezirken vorangebracht werden. Derzeit gebe es 14 gesamtstädtische Projekte und 122 bezüglich geförderte touristische Projekte, von Wassertourismus bis in die Außenbezirke. Dort würden verschiedene Themenbereiche mitberücksichtigt. Sie liefere gerne nach, was in dem Bereich Lokaltourismus in den Bezirken getan werde.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet dazu um einen entsprechenden Bericht. In den Host-City-Verträgen sei ausgeführt: wahrscheinlich aus der Sportperspektive eine zweistellige Millionenzahl an Stadtrendite pro Spiel; es gebe bei der EURO 24 sechs Spiele, einschließlich des hochkarätigen Finales. Berlin sei die wichtigste Austragungsstätte für die Europameisterschaft. Es gebe das Football Village und andere Aktivitäten. Er bitte zur zweiten Lesung um Darstellung der Gesamtstadtrenditezahl aufgrund der aktuellen Evaluation und Kriterien, um diese den Kosten gegenüberstellen zu können, die sich nach aktuellem Stand auf 80 Millionen Euro im engeren, sportpolitischen Sinn beliefen.
In dem Bericht werde ferner zur Langstreckeninitiative ausgeführt. Wie sei der aktuelle Diskussionsstand mit dem Bundesverkehrsministerium zum Thema mindestens einer neuen Langstreckenverbindung? Begrüßt worden sei die Direktverbindung in die USA durch die Fluggesellschaft Norse Atlantic Airways unter anderem auch nach Florida. Inwieweit träfen Informationen zu, dass es diese Verbindung nach Florida nach dem neuen Flugplan nicht mehr gebe? Wie viele Nonstopverbindungen als Langstreckenverbindungen seien verloren gegangen? Welche Gründe gebe es dafür?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) legt zum Thema Stadtrendite dar, dass von Erfahrungswerten ausgegangen werde, die sich nicht pro Spiel ergäben, sondern auf das gesamte Ereignis bezögen. Sie gehe davon aus, dass die 80 Millionen Euro exzellent investiertes Geld seien für das, was letztlich dabei herauskomme. Den Sportfokus betreffend müsse die Sportsenatorin ihre Einschätzung bekunden. Über die Sportverwaltung müsse es eine Gesamtrechnung geben. In der Ressortzusammenarbeit könne sie ihre Einschätzung dazu abgeben, die von der Sportverwaltung noch einmal eingeordnet werden müsse.

Zu den Langstreckenverbindungen habe es eine Vor-Ort-Sitzung am Flughafen gegeben. Es sei deutlich gemacht worden, dass eine Haltung des Senats in drei Dimensionen formuliert werde. Zum einen betreffe dies das Thema der verlässlichen Betriebszeiten des Flughafens und der Erreichbarkeit des Flughafens, hinsichtlich des U-Bahnausbaus und hinsichtlich der Erreichbarkeit des Regionalexpresses und Intercity-Verbindungen. Zweiter Punkt sei das Thema Mittelstrecken. Dritter Punkt sei das Thema Langstrecken gewesen. Bei einer Betrachtung des BER im gesamtdeutschen Vergleich gebe es ein großes Ungleichgewicht. Es gebe am Tag 180 Langstreckenflüge in Deutschland, die vom Westen des Landes aus starteten und sechs Langstreckenflüge aus Ostdeutschland mit Leipzig und Berlin. Hier gebe es ein absolutes Missverhältnis. Wenn der BER in seinem vollen Potenzial ausgeschöpft werden solle, müsse sich dieses Verhältnis verbessern. Der Senat werde noch einmal an die Bundesregierung herantreten, insbesondere an das Verkehrsministerium, aber auch an die Airlines, um für Berlin gerade bei den Langstreckenflügen zu werben. Im Senatsbeschluss sei auch die Destination noch einmal verdeutlicht worden, was den arabischen und asiatischen Raum betreffe, auch Australien und Neuseeland. In der internationalen Zusammenarbeit mit den Airlines werde über visitBerlin noch einmal ganz gezielt an die Bundesregierung herangetreten, zu einer Verbesserung zu kommen. Die wenigen Langstreckenverbindungen seien für die gesamte Metropolregion für die Erreichbarkeit ein extremer Hemmschuh in der Wirtschaftsförderung und auch eine Achilles-Ferse beim Anwerben internationaler Kongresse.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erinnert an seine Fragestellung zu den aktuellen und vorherigen Langstreckenverbindungen. Seien Verbindungen verloren gegangen? Wenn ja, wie viele?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) sagt Auflistung zu.

Sebastian Walter (GRÜNE) führt aus, in dem Bericht werde verwiesen auf das zukünftige Resilienzprogramm und die Bedeutung für das Tourismuskonzept. Er würde einen Überblick begrüßen, wie das Nachfolgeprogramm ausgestaltet werde und welche Bedeutung dies für den Tourismus habe, auch finanziell mit den dahinter stehenden Maßnahmen unterlegt.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht 0577 C zur Kenntnis. SenWiEnBe wird gebeten, dem Hauptausschuss bis Ende des I. Quartals 2024 zum zukünftigen Resilienzprogramm die finanzielle Ausstattung sowie die Maßnahmen und die Bedeutung für den Tourismus zu berichten.

c) Bericht SenWiEnBe – II B 32 – vom 12.09.2023 0577 D
Umsetzung des Tourismuskonzeptes Haupt
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktionen
(Berichtsauftrag aus der 38. Sitzung vom 21.06.2023)

Sebastian Walter (GRÜNE) verweist auf teilweise Überschneidungen zu einzelnen Maßnahmen im Einzelplan. Ihn interessierten die haushälterischen Komponenten in Bezug auf Parkreinigung und die kostenfreien Toiletten. Für beides liefen noch interne Abstimmungsprozesse mit der Frage einer möglichen weiteren Ausdehnung, den Auswirkungen des Kostenaufwandes für die BSR. Er bitte zu beiden Aspekten um einen Folgebericht zum Ende des ersten Quartals 2024.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) führt aus, es gebe beim Resilienzprogramm die Notwendigkeit, dass der Haushaltsgesetzgeber dies auch ermögliche. Nach Beschluss des Haushalts werde mit der detaillierten Maßnahmenplanung begonnen. Dazu sei auch schon einiges zusammengetragen worden. Für die konkrete Ausgestaltung sei sie im Gespräch mit den Branchen. Es sei eine gute Erfahrung beim Neustartprogramm gewesen, Gespräche mit den Beteiligten zu führen, die dies umsetzen sollten. Im ersten Quartal können Sie einen detaillierten Bericht vorlegen.

In ihrem Haushalt sei die Parkreinigung etatisiert. Es sei entschieden worden, dass die BSR auch im Senatsbeschluss, in der Vorlage des Entwurfs, eine entsprechende Ansatzerhöhung erhalte, insgesamt 18,8 Millionen Euro in den beiden Jahren, damit eine der größten Steigerungen, die vorgesehen seien. Das Thema Stadtsauberkeit sei auch mit dem Thema Lebensqualität, Verkehrssicherheit und Sicherheitsempfinden extrem verbunden. Deshalb gebe es diese Fokussierung. Die Parkreinigung solle dazu gehören. Es gebe Moment 76 öffentliche Parkanlagen, die durch die BSR gereinigt würden.

Das Projekt der kostenfreien Toiletten werde durch die Umweltverwaltung umgesetzt. In ihrem Haus sei dies koordinierend verortet. Wie die Umweltverwaltung den Testbetrieb bewerte, könne sie an dieser Stelle nicht beantworten. Die Fragestellung hierzu habe gelautet, ob es bei kostenlosen und frei zugänglichen Toiletten ein Vandalismusproblem gebe. Die Auswertung dazu liege noch nicht vor. Sie begrüße dies und unterstütze im Rahmen der Möglichkeiten. Die inhaltliche Bewertung des Testbetriebs müsse jedoch abgewartet werden.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht 0577 D zur Kenntnis. Weiteres siehe Beschlussprotokoll.

d) Bericht SenWiEnBe – II B 38 – vom 28.08.2023 0871 B
Einrichtung und Umsetzung des Fonds für Haupt
ökologischen Tourismus
(Berichtsauftrag aus der 21. Sitzung vom 08.06.2022)
(in der 42. Sitzung am 27.09.2023 über die Konsensliste
zur 1. Lesung des Einzelplans 13 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht 0871 B ohne Aussprache zur Kenntnis.

e) Bericht SenWiEnBe – II D 1 – vom 23.08.2023 0847 A
Vorhaltung von Ressourcen für das Beschaffungsmanagement und notwendige Kapazitäten zur Erstellung des Vergabeberichts bzw. statistischer Erhebungen durch die Verwaltung
(Berichtsauftrag aus der 31. Sitzung vom 15.02.2023)
(in der 42. Sitzung am 27.09.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 13 zurückgestellt) Haupt

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erklärt, den Bericht zur Kenntnis nehmen zu wollen. Ausgangspunkt sei gewesen, welche Ressourcen das Beschaffungsmanagement aktuell habe und wie zukünftig Kapazitäten in der Verwaltung geschaffen werden könnten, um gerade den Vergabebereich bzw. statistische Erhebungen ohne externe Unterstützung erstellen zu können. Jetzt werde mitgeteilt, dass sich SenWiEnBe von der Beauftragung des externen Dienstleisters unter anderem eine Aussage dazu erhoffe, ob die verfügbaren Daten ausreichend für eine Evaluierung der Umsetzung und der Wirkung des Gesetzes seien oder dafür gegebenenfalls weitere statistische Angaben erforderlich seien. Er stelle fest, dass noch ein langer Weg zu gehen sei.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht 0847 A zur Kenntnis.

f) Schlussbericht SenWiEnBe – II E 36 – vom 12.07.2023 0383 D
Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Geldwäscheprävention
(Berichtsauftrag aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
(in der 39. Sitzung am 30.08.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 13 zurückgestellt) Haupt

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) lobt den Bericht mit hervorragender Darstellung, Beantwortungstiefe und Qualität. Reiche die vorhandene Lizenz für die Geldwäscheaufsicht aus? Aus der Staatsanwaltschaft sei berichtet worden, dass es 20 Dezernenten und aktuell eine Lizenz gebe. Gebe es zusätzlichen Bedarf für die Geldwäscheaufsicht? In welchen Titeln erfolge die Veranschlagung, das Nutzungsentgelt für die ORBIS-Datenbank? Seiner Fraktion sei die Bekämpfung der Finanzkriminalität und Geldwäsche ein extrem großes Ansinnen. Wo seien die ORBIS-Datenbankkosten in welchen Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt? Werde ggf. ein möglicher Bedarf für einen Änderungsantrag gesehen? Er bitte zur zweiten Lesung um einen neuen Bericht, der anders als der bisherige den aktuellen Stand im Phänomenbereich Geldwäscheaufsicht in der Wirtschaftsverwaltung darstelle. Wie sei das Verfahrens- und Erledigungsaufkommen? Wo gebe es welche Rechtsfolgen? Gebe es Mehrbedarfe durch das, was auf Bundesebene beschlossen werde für den in der Wirtschaftsverwaltung ressortierenden Geldwäschebereich? Er bitte um eine Einschätzung zu den Phänomenbereichen, die aktuell prioritär bearbeitet werden müssten, beispielsweise Geldwäsche auf dem Immobiliensektor? Seien neben der Gesetzesänderung im Bund andere Maßnahmen in Planung, die den Wirtschaftsbereich beträfen? Würden weitere Mittel benötigt, um möglichst gut vorbereitet zu sein?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) betont, das Thema Geldwäsche sei ihr auch aus ihrer früheren Tätigkeit sehr wichtig, weil es in Berlin eine sehr starke Betroffenheit und einen wirtschaftlichen Schaden für Berlin durch diese Aktivitäten gebe. Deswegen sei geplant, die Kolleginnen und Kollegen im Team der Geldwäscheaufsicht auch mit zusätzlichen personellen Mitteln zu stärken. Die ORBIS-Datenbank sei großes Anliegen der Kolleginnen und Kollegen gewesen; es sei ein ressortübergreifendes Projekt. Damit sei ein großer Schritt getan worden. Die Möglichkeiten seien sehr viel größer als bisher. Es müsse möglich sein, die Geldströme international zu verfolgen und denen nachzugehen. Mit Hilfe der ORBIS-Datenbank gebe es ganz andere Ermittlungs- und Aufklärungsmöglichkeiten. Nach ihrer Einschätzung kämen die Mitarbeitenden mit den bisherigen Lizenzen ganz gut aus. Es gebe sieben Dienststellen der Polizei Berlin und 50 Personen bei Staatsanwaltschaft und Geldwäscheaufsicht; in der Staatsanwaltschaft agiere ein großer Teil. In ihrer Verwaltung seien neun Kollegen tätig; es gebe fünf Lizenzen. Dies werde zunächst für ausreichend ansehen, weil nicht ständig alle Kollegen gleichzeitig damit arbeiteten. Würden mehr Lizenzen benötigt, werde sie ein Zeichen geben. Sie begrüße, dass auch auf bundesgesetzlicher Ebene das Thema stärker in den Fokus rücke. Noch sei nicht klar, ob daraus Mehrbedarfe auf Landesebene erwüchsen; Informationen seien noch nicht so genau. Insofern könne Sie nicht abschätzen, dass bis zum Ende der zweiten Lesung eine entsprechende Einschätzung würde abgegeben werden können. Sie sei abhängig von den Informationen aus dem Bund. Die ORBIS-Datenbank sei in Titel 54010 – Dienstleistungen – unter Teilansatz 6 etatisiert. Auch seien sächliche Mittel in Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit – veranschlagt.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) bemerkt, in dem Bericht sei aufgeführt, dass der Nutzungsvertrag Ende Juni mit einer jährlichen Zahlungsverpflichtung von 83 000 Euro für das Land Berlin abgeschlossen worden sei. Unter Teilansatz 6 seien aber nur 70 000 Euro veranschlagt. Demnach sei der Ansatz dort nicht auskömmlich.

Sebastian Walter (GRÜNE) verweist auf den Einnahmetitel, Titel 11201 – Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder –, in dem unter anderem aus den Ordnungswidrigkeitsverfahren nach dem Geldwäschegesetz auch Einnahmen beim Land Berlin generiert würden. Nun werde ein Rückgang in den nächsten beiden Jahren prognostiziert, was angesichts der Äußerung der Senatorin verwundere. Die Begründung, dass die Präventionsarbeit greifen solle und deswegen weniger Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet würden, sei nicht nachvollziehbar, da die Maßnahmen intensiviert werden sollten.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) präzisiert, zu differenzieren seien diejenigen, die von dieser Geldwäscheaufsicht adressiert würden. Es gebe große und kleine Vorgänge. Hier handle es sich eher um kleinere Taten. Es seien die kleineren Unternehmen, die schon mit einer Ansprache sensibilisiert würden. Es würden Materialien ausgereicht und viele Gespräche vor Ort durchgeführt. Es werde davon ausgegangen, dass es weniger Verstöße gebe. Dies werde auch in den Ansprachen und Schwerpunkt- und Stichprobenkontrollen deutlich. Die größeren Komplexe seien nicht in diesem Titel enthalten. Sie erlebe eine gute Bereitschaft von Unternehmerinnen und Unternehmer, kleinen und mittelständischen Betrieben, sich darauf einzulassen, was vermittelt werde und entsprechend zu agieren. Sie gehe davon aus, dass Präventionsarbeit erfolgreich sei.

Sebastian Walter (GRÜNE) wendet ein, dass in den Erläuterungen über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten nach dem Geldwäschegesetz die Rede sei. Er bitte um schriftliche Erläuterung, welche Fälle dort landeten und wo die großen Fälle veranschlagt würden.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) ergänzt, schwere Straftaten würden letztlich von der Staatsanwaltschaft verfolgt. Wenn Urteile erfolgten und Vermögen eingezogen würden, lande dies nicht im Einzelplan der Wirtschaftsverwaltung. Auch Widersprüche bei Bußgeldverfahren tauchten nicht im Einzelplan 13 aufs, sondern würden Justizkasse zugeführt. Die Ist-Betrachtung werde noch einmal aufgeliefert.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) kommt auf eine mögliche Verstärkung der Geldwäscheaufsicht zu sprechen. In welcher Form sei der Stellenaufwuchs für die beiden Planjahre 2024 und 2025 geplant?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erwidert, es handle sich um eine Absicht und sei abhängig von der Zustimmung des Haushaltsgesetzgebers. Es sei eine zusätzliche Stelle geplant.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) verweist auf seine Frage bezüglich der Differenz in der roten Nr. und dem im Haushaltsplan aufgeführten Teilansatz 6.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) bemerkt, im Etat werde nur der Ansatz dargestellt, den die Senatsverwaltung für Wirtschaft zu tragen habe; die Innenverwaltung, die Polizei sowie die Staatsanwaltschaft trügen Teile. Es sei nur die Kosten veranschlagt, die physisch, materiell bezahlt werden müssten.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) weist darauf hin, dass in dem Bericht ein jährliches Nutzungsentgelt der SenWiEnBe von 83 002,50 Euro aufgeführt. Er interpretiere die rote Nummer dahin gehend, dass dieser Betrag im Einzelplan 13 auflaufe.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) bemerkt, dass dieser Betrag paritätisch getragen werde. Es gehe hier um den Bereich der Nachlizenzen; es werde deutlich günstiger, würden noch weitere Lizenzen benötigt, wenn mehrere Personen damit beschäftigt seien.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) verdeutlicht, es sei von einem anteiligen Jahresbeitrag die Rede. Er bitte gegebenenfalls um schriftliche Erläuterung.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) präzisiert, die Gesamtsumme seien durch verschiedene Senatsverwaltung zu finanzieren. Die in dem Bericht aufgeführte Summe sei von der Wirtschaftsverwaltung zu tragen.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) wirft ein, dass diese unter Teilansatz 6 etatisiert werden müsste.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) erklärt, dass es eine Aufteilung der Gesamtkosten gebe. Die Wirtschaftsverwaltung trage den Teil, den die Wirtschaftsverwaltung zu tragen habe. Dies sei im Bericht aufgeführt. Im Satz davor werde auf eine paritätische Finanzierung verwiesen.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht 0383 D zur Kenntnis. Weiteres siehe Beschlussprotokoll.

g) Bericht SenWiEnBe – II F 3 – vom 07.07.2023 — 0858 C
Rechtliche Beratung bei der Übertragung der Rahmenvereinbarung zum DFB-Pokalfinale 2021–2025 vom Deutschen Fußball-Bund e.V. auf die DFB GmbH & Co. KG
hier: Prüfung, Beratung oder Unterstützung für das Land Berlin oder für andere Senatsverwaltungen im Bereich der Beihilfe
(Berichtsauftrag aus der 31. Sitzung vom 15.02.2023)
(in der 39. Sitzung am 30.08.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 13 zurückgestellt)
Haupt

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) trägt vor, es gebe offenbar nur eine Person, die aber auch noch andere Aufgabengebiete zu betreuen habe, für die Beantwortung beihilferechtlicher Fragen. Sei dies ausreichend? Werde mehr benötigt?

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) erklärt, es sei notwendig, genügend Personal für diesen Bereich zu haben, insbesondere in der Wirtschaftsverwaltung, weil diese für alle anderen Verwaltungen in dieser Frage zuständig sei. Die Arbeit sei zwar zu bewältigen, es sei aber doch sehr eng an dieser Stelle.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht 0858 C zur Kenntnis.

h) Bericht SenWiEnBe – Z F 13 – vom 01.09.2023 — 1131
Wirtschaftspläne 2024/2025
Kapitel 1320
Titel 68244 Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH
Titel 68316 Berlin Tourismus und Kongress GmbH (BTK)
Titel 68542
BGZ Berliner Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit mbH
EPIZ Entwicklungspolitisches Bildungs- und Informationszentrum e. V.
Titel 68224 einschließlich 68201 (bis 2023) Berlin Energie, Eigenbetrieb von Berlin
Titel 68231 Berlin Energie Rekom GmbH
Titel 68233 Berlin Energie Netz und Service GmbH
Titel 68251 DAB Digitalagentur Berlin GmbH
gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht 1131 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 1320 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung –

Gender Budgeting

Sebastian Walter (GRÜNE) trägt vor, sein Redebeitrag gelte pars pro toto, um nicht auch an anderen Stellen darüber sprechen zu müssen: Es gebe einen Gender Pay Gap zwischen den männlichen und weiblichen Beschäftigten. Eigentlich sei es im Rahmen des Gender Budgeting ausgemachten Verfahren, dass eine Durchschnittsberechnung erfolge, bei der es nicht relevant sei, ob es Erkrankungsfälle gebe oder Teilzeit; diese müssten herausgenommen werden, weil es sonst keine Vergleichbarkeit gebe. Seien die Angaben richtig, oder müssten sie noch einmal überarbeitet werden? Könnte vielleicht von SenFin noch einmal unterstützt werden? Die Erläuterung für den Gender Pay Gap erfolge zwar, aber nicht, welche Maßnahmen eingeleitet würden, diesen zu schließen. Er bitte um schriftliche Darstellung, was getan werde, um den Gender Pay Gap insbesondere bei den Führungskräften zu schließen.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, schriftlich zu antworten. Hier werde das Jahr 2022 dargestellt. Das durchschnittliche Haushaltsbrutto bei Frauen liege bei 85 476 Euro und bei Männern bei 85 713 Euro. An dieser Stelle gebe es keine gravierende Lücke. Ziel sei eine Annäherung. Noch in 2021 habe es mehrere 1 000 Euro Unterschied gegeben. In der Senatsverwaltung gebe es viel mehr Frauen als Männer, über 60 Prozent. Auch bei den Führungskräften sei ihre Verwaltung gut ausgewogen mit drei Frauen als Abteilungsleiterinnen und einem Mann.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) ergänzt, es gebe in der Wirtschaftsverwaltung eine Unterrepräsentanz im IT-Bereich. In allen anderen Bereichen gebe es diese nicht; es sei beispielhaft, wie es bei SenWEB umgesetzt werde. Unterhalb der Führungskräfte gebe es den genannten Gap. Er liefere auf, welche Maßnahmen im Haus durchgeführt würden. In den Bericht werde das Diversitätsmanagement mit aufgenommen. Es gebe eine Kollegin, die Diversity-Beauftragte sei. Einmal jährlich gebe es einen Tag, der sich um Diversity im Haus drehe, an dem alle Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit der Auseinandersetzung mit diesem Thema hätten. Hinzu kämen Schulungen und Weiterbildungen.

Sebastian Walter (GRÜNE) merkt an, er habe sich nicht auf die Führungskräfte bezogen, sondern auf die Mitarbeitenden. Deswegen gelte dies nicht in toto, sondern differenziert an der einen Stelle für die Mitarbeitenden.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, SenWiEnBe werde gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweite Lesung des Einzelplans 13 am 10.11.2023 darzustellen, welche Maßnahmen zum Schließen des Gender Pay Gaps bei den Mitarbeitenden unternommen würden und ob Erkrankung und Teilzeit in den Durchschnittseinkommen mit eingerechnet würden oder nicht. Weiter solle das Diversity-Management des Hauses aufgeliefert werden.

Titel 11201 – Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um eine detaillierte Aufschlüsselung per 31.12.2022 und für 2023 per 30. September der einzelnen eingenommenen Geldstrafen, Verwarnungs- oder Zwangsgelder sowie um einen Sachstand zu den aktuell noch offenen Verfahren, nach Möglichkeit nach was GwG, OWiG, WoVermRG oder GWB aufgeschlüsselt.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, SenWiEnBe werde gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweite Lesung des Einzelplans 13 am 10.11.2023 zum Titel 11201 die Arten der Strafen sowie den Stand der offenen Verfahren darzustellen.

Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen –

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet um einen Bericht und eine Aufschlüsselung für 2022, welche Projekte sich dahinter verbärgen sowie um eine Einschätzung, ob eine strukturelle Auffälligkeit vorhanden sei, warum Mittel nicht verausgabt würden und ob politisch oder verwaltungsseitig nachgesteuert werden könne.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, SenWiEnBe werde gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweite Lesung des Einzelplans 13 am 10.11.2023 zum Titel 11921 die Rückzahlungen aufzuschlüsseln.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –
Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um Zurückstellung zur zweiten Lesung.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) bemerkt, in der roten Nr. 1079 werde ausgeführt, dass die Stellen coronabedingt nicht hätten besetzt werden können. Wie viele Stellen in diesem Titel seien aktuell nicht besetzt?

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, dass die beiden Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde. SenWiEnBe werde gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 13 am 10.11.2023 zum Titel 42201 die Zahl der unbesetzten Stellen aufzuliefern.

Titel 42890 – Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) interessiert, warum lediglich ein Merkansatz vorgesehen sei. Gebe es gegebenenfalls eine Kompensation?

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, SenWiEnBe werde gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 13 am 10.11.2023 zum Titel 42890 mitzuteilen, warum nur eine Merkansatz vorhanden sei.

Titel 52610 – Gutachten –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um Zurückstellung zur zweiten Lesung.

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet, den Vergabebericht dem Hauptausschuss zuzuleiten. Sei das Gutachten Solidarische Ökonomie beauftragt? Wofür sei der Ansatz in 2024?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, dass das Gutachten Solidarische Ökonomie in Verbindung mit der Start-up-Agenda zu sehen sei. Die Strategien sollten im Hinblick auf Social Entrepreneurship mit einer fundierten Daten- und Informationsgrundlage unterlegt werden. Im Rahmen des Gutachtens sollten die Potenziale für Soziale Ökonomie dargestellt werden, die Unterstützungsbedarfe und Möglichkeiten konkretisiert werden. Es habe 2020 ein erstes Gutachten gegeben. Auf dieses solle aufgebaut werden; es solle noch ausgeschrieben werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, dass der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde. SenWiEnBe werde gebeten, dem Hauptausschuss zum Titel 52610 den Vergabebericht für das Quartal aufzuliefern.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) interessieren die genauen Planungen. Welche konzeptionellen Planungen gebe es?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, die Veranschlagung sei im Rahmen der Umsetzung des Koalitionsvertrages erfolgt. Der Kreativwirtschaftsbericht sei alle zwei Jahre vorgesehen, deswegen habe es keinen Ansatz in 2022 gegeben. In dem Kreativwirtschaftsbericht sollte noch einmal wirtschaftliche Kennzahlen zur Branche und Entwicklungen in den einzelnen Teilmärkten dargestellt werden. Ein Schwerpunkthema solle gesetzt werden. Es gehe darum, detaillierte Informationen zu den statistischen Clusterdaten aufzubereiten, vor allem IKT-, Medien- und im Kreativwirtschaftsbereich. Es sei Basis, die Aktivitäten der Branche abzuschätzen. Es gehe um Krisenresilienz, wie die Branche weiter in ihrem Wachstum unterstützt werden könne, um einen Vergleich mit anderen Ländern und anderen Standorten, wie es auch bei der Start-up-Strategie Bestandteil sei. Berlin sei Start-up-Metropole Nr. 1 in Deutschland. Im europäischen Vergleich liege Berlin gleich hinter London. Eine Analyse der wirtschaftlichen Lage werde benötigt, um die Aktivitäten ansprechend ausrichten zu können, um international wettbewerbsfähig zu sein.

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet, dem Hauptausschuss den umfangreichen Bericht aus dem Fachausschuss zuzuleiten.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, SenWiEnBe werde gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 13 am 10.11.2023 zum Titel 53101 den diesbezüglichen Bericht an den Fachausschuss zuzuleiten.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Rolf Wiedenhaupt (AfD) führt aus, die Einrichtung eines dritten Auslandsbüro sei geplant. Ihn verwundere die Mittelanforderung, obwohl die Bedarfsanalyse erst in 2024 durchgeführt werden solle. Warum werde in 2024 unter Nr. 17 bereits der volle Betrag eingestellt, wenn erst die Bedarfsanalyse abgewartet würde?

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet um Zuleitung der Beantwortung der Fragen aus dem Fachausschuss zur lfd. Nr. 56.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) stellt die Frage, womit der Senat die fehlende Förderung beispielsweise die der Digitalkonferenz re:publica oder auch Vorhaben der Clubcommission begründe.

Lucas Schaal (CDU) begrüßt die Wirtschaftsrepräsentanzen im Ausland. Wie seien diese konkret ausgestaltet? Arbeiteten dort Agenturen oder eigenes Personal?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erläutert, in dem Titel seien die bereits vorhandenen Wirtschaftsrepräsentanzen im Ausland enthalten. Von Berlin würden zwei Auslandsbüros in New York und in Peking betrieben. In Peking fielen rund 350 000 Euro und in New York rund 450 000 Euro jährlich an. Diese Beträge böten Orientierung bei den Überlegungen, was zusätzlich gerade im südostasiatischen Bereich getan werden könne. Dort liege ein erhebliches Potenzial für Wirtschaftskooperationen. Kollegen arbeiteten für Berlin und vermittelten Kontakte zwischen der jeweiligen Stadt und Berlin, betrieben Ansiedlungsmanagement und Vermarktung. Es sei keine Agentur, sondern Kolleginnen und Kollegen, die sich für das Land Berlin in einem Anstellungsverhältnis befänden. Insofern solle der Ansatz um mindestens 400 000 Euro erhöht werden, wenn die Neueinrichtung einer weiteren Wirtschaftsrepräsentanz im Ausland gewünscht werde. Die Überlegungen zur Errichtung einer neuen Repräsentanz liefen über die Außenhandelskammern.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) ergänzt, es habe bereits eine dritte Auslandsrepräsentanzen des Landes Berlin gegeben, das Berlin Business Office in Istanbul gegeben. Aufgrund der dortigen politischen Lage sei das Büro zunächst stillgelegt worden. Im Frühjahr 2024 werde analysiert, wo ein drittes Büro würde eröffnet werden können. Dieses könne relativ schnell gehen. Das Finden von Büroräumen sei relativ einfach. Berlin könne sich an Außenhandelskammern andocken. Die Personalsuche werde über die Außenhandelskammer vertraglich abgesichert. Für den Auftrag und das Bestreben, Berlin weiter zu internationalisieren, seien diese Repräsentanzen von größter Bedeutung. Er selbst habe gerade in Washington vier Unternehmensansiedlungsgespräche geführt, die alle ein großes Interesse an Berlin hätten. Die re:publica und die Clubcommission würden innerhalb der Kreativwirtschaftstitel gefördert. Auch die re:publica werde gefördert.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) erbittet einen Bericht zur letzten Sitzung des Hauptausschusses vor der Sommerpause 2024 zum Stand der Auslandsrepräsentanz.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, SenWiEnBe werde gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 13 am 10.11.2023 zum Titel 54010 den diesbezüglichen Bericht an den Fachausschuss zuzuleiten. SenWiEnBe werde

ferner gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur letzten Sitzung vor der Sommerpause 2024 einen Sachstandsbericht zur 3. Auslandsrepräsentanz aufzuliefern.

Titel 54053 – Veranstaltungen –

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet um einen Bericht vor der Sommerpause des kommenden Jahres bezogen auf Punkt 2, bezirksübergreifende Dialogformate. Dem Bericht sei zu entnehmen, dass zum einen Mittel nicht abgeflossen seien, es zum anderen aber nicht notwendig sei, Mittel einzustellen, weil bezirksübergreifende Formate auch so stattfinden könnten oder anders finanziert würden. Fänden solche Formate noch statt? In welcher Art und Weise fänden diese statt? Zu Punkt 8, Berliner Wirtschaftskonferenz, sei in dem Bericht an den Fachausschuss ein neues Konzept angekündigt worden. Er bitte um einen Bericht auch dazu vor der Sommerpause.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, SenWiEnBe werde gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur letzten Sitzung vor der Sommer-pause 2024 zur Nr.2 die Art und Weise der bezirksübergreifenden Formate darzustellen. SenWiEnBe werde ferner gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur letzten Sitzung vor der Sommerpause 2024 zur Nr. 8 Wirtschaftskonferenz dem Hauptausschuss das neue Konzept aufzuliefern.

Titel 68101 – Stipendien, Ausbildungs- und Erziehungsbeihilfen –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) interessiert die deutliche Ansatzminderung. Er bitte um Zurückstellung des Titels zur zweiten Lesung.

Sebastian Walter (GRÜNE) möchte wissen, ob in diesem Jahr noch Maßnahmen vorgesehen seien und die Mittel verausgabt würden?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, dass es sich um eine Verlagerung der Mittel handle. Die strukturell benachteiligte Gruppe der Existenzgründerinnen und -gründer nichtdeutscher Herkunft solle natürlich auch weiterhin finanzielle Hilfen und Motivationsanreize zum Thema Stipendien erhalten. Es seien Mittel bei Titel 68307 – Wirtschaftsförderung – unter Nr. 4 – Förderung von Gründungen durch Menschen mit Migrationsgeschichte im Rahmen eines Fonds – veranschlagt.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) erklärt ergänzend, im Frühjahr werde ein Konzept erarbeitet, um das Thema migrantische Ökonomie auch noch einmal stärker durch eine Förderung zu unterstützen. Dies sei wichtiger Bestandteil auch im Koalitionsvertrag. Aus diesem Grund sei ein anderer Titel gewählt worden.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, dass der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 68244 – Zuschuss an die Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) verweist auf die Ausführungen im Rahmen der Generaldebatte. Die Koalition habe im Fachausschuss den Ansatz um 1 Million Euro pro Jahr reduziert, um das Manöver mit dem rechtssicheren Sondervermögen gegenfinanzieren zu können.

Da der Wirtschaftsplan aber auf dem im Doppelhaushaltsentwurf ausgewiesenen Summen basiere, würde hier rein rechnerisch ein Minus von einer Million Euro entstehen. Wie werde die Minderveranschlagung innerhalb des Wirtschaftsplans abgebildet? Welche Maßnahmen seien davon konkret betroffen? Er bitte um Zurückstellung zur zweiten Lesung.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) bemerkt, es komme darauf an, was der Hauptausschuss in zweiter Lesung entscheide. Mit Berlin Partner werde schnellstmöglich das Gespräch gesucht, ob es Einsparungen geben müsse und wie diese gegebenenfalls aussehen müssten. Er hoffe auf einen Weg, eine Gegenfinanzierung finden zu können.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, dass der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 68307 – Wirtschaftsförderung –

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet um Zuleitung der Antworten zu Fragen aus dem Fachausschuss.

Lucas Schaal (CDU) spricht über das House of Finance and Tech. Im Fachausschuss sei die Ausgestaltung erläutert worden. Welches sei die besondere Bedeutung für die Stadt Berlin? Wo würden insbesondere die Chancen in diesem House of Finance and Tech gesehen?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) legt dar, es gebe drei große Bereiche von Zukunftsbranchen, in denen Berlin vom Wachstum her punkten könne, die Themen Greentech, Fintech und Games. In diesen Bereichen der Digitalisierung gebe es große Wachstumschancen für Berlin. Ein großer Teil des Venture Capitals, das in Deutschland überhaupt eingesetzt werde, werde in Berlin eingesetzt, im Schnitt bei den Start-ups über die Hälfte, bei Fintech noch einmal deutlich mehr. Es werde im nächsten Jahr eine große Fintech-Messe und Konferenz auf dem Berliner Messegelände stattfinden, bei der alle Akteure zusammenkämen. Die in Berlin befindlichen Akteure, die Venture-Capital-Geber, die hier schon ihren Fokus hätten sollten an einem Ort verknüpft werden und die Unternehmen, die in diesem Bereich aktiv seien, an die Stadt gebunden werden. Deshalb sei das House of Finance and Tech als Agglomerationspunkt für diese Entwicklung vorgeschlagen worden.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) ergänzt, es sei eine Zukunftsbranche. Es gebe die Chance, in relativ kurzer Zeit Finanzstandort Nummer 1 in Deutschland zu werden. Auch deswegen sei es politisch sinnvoll, diese gut bezahlten Arbeitsplätze zu unterstützen. Gleichwohl müsse das Gros der Aufwendungen und Arbeitsleistungen, um dort hinzukommen, natürlich aus der Finanzbranche selbst kommen.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, SenWiEnBe werde gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 13 am 10.11.2023 zum Titel 68307 den diesbezüglichen Bericht an den Fachausschuss aufzuliefern, dort Nr. 60.

Titel 68316 – Förderung des Berlin-Marketing –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) verweist auf den Beschluss im Fachausschuss, wonach die Koalition den Ansatz bei Teilansatz 2, Berlin Tourismus & Kongress GmbH, um 3 bzw. 5

Millionen Euro kürzen wolle. In dem Bericht aus dem Fachausschuss, Nummer 61, werde auf eine angespannte finanzielle Lage der Berlin Tourismus & Kongress GmbH verwiesen. Er bitte um Erläuterung. Wozu führten die Kürzungen der Koalition in der BTK? Sei beispielsweise die Umsetzung des Haustarifvertrages gefährdet? Er bitte um einen Bericht die Wirtschaftspläne betreffend.

Christian Goiny (CDU) erklärt, dass es an der Stelle keinen Änderungsantrag und keine Kürzung geben werde.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) trägt vor, visitBerlin leiste als Tourismusförderer des Landes Berlin eine absolut hervorragende und notwendige Arbeit. Berlin sei beim Tourismus bei 86 Prozent des Spitzenjahres von 2019. Dies sei unter anderem Berlin Partner und den 150 Kolleginnen und Kollegen zu verdanken, die dort tätig und Visitenkarte für Berlin seien. Jeder eingesetzte Euro sei gut investiert. visitBerlin habe auch zusätzliche Aufgaben, die in Zukunft erfüllt werden müssen. Auch gebe es das Bestreben, die für visitBerlin arbeitenden Kollegen gut zu bezahlen. visitBerlin sei ein ÖPP-Projekt; die privaten Partner hätten in den letzten drei Jahren massive Probleme gehabt, den privaten Anteil wie in den Vorjahren zu gestalten. Es handle sich um von Corona besonders betroffenen Branchen. Insofern sei die Finanzlage eine andere als in den Vorjahren. Die Änderungen im ÖPNV hätten auch Auswirkungen auf visitBerlin. Ein Teil des Welcome-Tickets beinhalte beispielsweise die BVG-Nutzung. Zum Zeitpunkt des Berichts sei von Einbrüchen ausgegangen worden; bislang gestalte sich dies noch nicht so. Je mehr ausländische Touristen in die Stadt kämen, umso besser werde das Ticket verkauft. Gäste aus anderen Bundesländern hätten kaum ein Interesse, einen Anteil ÖPNV über ein Welcome-Ticket abzudecken. Diese Herausforderungen würden im Aufsichtsrat besprochen.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um einen Bericht zur zweiten Lesung und eine zahlenmäßige Darstellung der finanzielle Lage. Er halte es für etwas unwürdig, wie hier mit der Veranschlagung für den Einzelplan umgegangen werde, auch wenn er Verständnis dafür habe, dass zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs und unmittelbar nach Regierungsfindung Prozesse stattgefunden hätten und es einen anderen Kenntnisstand gegeben habe als zur Lesung im Fachausschuss. Es werde veranschlagt und explizit formuliert, dass bestimmte, im Kernhaushalt etatisierte Ausgaben, in das Sondervermögen verlagert würde, in Kenntnis dessen, dass es möglicherweise rechtliche Unsicherheiten geben könne. Dann werde innerhalb des Einzelplans mit Änderungsanträge agiert, von denen jetzt aufgrund politischen Dissenses innerhalb der Koalition wieder einige zurückgenommen würden. Er würde sich für die nächsten Beratungen mehr Seriosität wünschen.

Sebastian Walter (GRÜNE) kündigt Nachreichung schriftlicher Fragen an.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, SenWiEnBe werde gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 13 am 10.11.2023 zum Titel 68316 die angespannte finanzielle Lage mit Blick auf die private zahlenmäßig näher aufzuschlüsseln.

Titel 68542 – Zuschüsse an Einrichtungen der internationalen Kooperation –

Lucas Schaal (CDU) bittet um Zurückstellung zur zweiten Lesung. Er kündige Nachreichung weiterer schriftlicher Fragen an.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) spricht über Teilansatz 3, das Entwicklungspolitische Bildungs- und Informationszentrum, dessen Ansatz im Ausschuss noch einmal um knapp 300 000 Euro bzw. knapp 500 000 Euro aufgestockt worden sei. Seien auch hier noch Änderungen zu erwarten?

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, dass der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 68629 – Zuschüsse für besondere touristische Projekte –

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet um Zuleitung des Berichts aus dem Fachausschuss. Ihn interessiere ein Bericht für 2022 mit den konkreten Maßnahmen in den Bezirken. Wie seit der aktuelle Stand des Mittelabflusses? Was sei für 2024 und 2025 vorgesehen?

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, SenWiEnBe werde gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 13 am 10.11.2023 zum Titel 68629 den entsprechenden Fachausschussbericht zuzuleiten, ergänzt um die konkreten Maßnahmen in den Bezirken mit Mittelabfluss in den Jahren 2022 und 2023 sowie die beabsichtigten Maßnahmen in 2024 und 2025, soweit dort nicht bereits dargestellt.

Kapitel 1330 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Betriebe und Strukturpolitik –

Titel 11201 – Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder –

Rolf Wiedenhaupt (AfD) bemerkt, dass dieser Titel wegfalle. Im Haushalt 2022/2023 habe es diesen Titel nicht gegeben.

Olav Faudel (SenFin) erklärt, der Titel habe ein Ist in 2022; damit müsse der Titel erscheinen, auch wenn er keine Ansätze in den Planungsjahren gehabt habe.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) wirft ein, dass der Titel im Haushaltsplan 2022/2023 nicht existiert habe.

Olav Faudel (SenFin) erläutert, es habe im Jahr 2022 eine Einnahme gegeben, weswegen der Titel habe eingerichtet werden müssen.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss Beantwortung fest.

Titel 33191 – Zuweisungen des Bundes zur Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur –

Sebastian Walter (GRÜNE) interessiert, ob vor der Sommerpause nächsten Jahres ein Zwischenstand zum Mittelabfluss der GRW-Mittel möglich sei.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) sagt dies zu. Es werde demnächst einen aktuellen Bericht über dieses Jahr geben. Es gebe eine gute Tradition in Berlin, dass die GRW-Mittel gut umgesetzt würden. In den vergangenen Jahren hätten Mittel, die anderen Bundesländern zugeordnet gewesen seien, in Berlin abgerufen und umgesetzt werden können, weil Mittel, die in anderen Bundesländern nicht hätten verausgabt werden können, in Berlin hätten eingesetzt werden können. Diese Tradition werde fortgesetzt. Demnächst werde es eine öffentliche Veranstaltung zum Umsetzungsstand geben.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschuss fest, SenWiEnBe werde gebeten, dem Hauptausschuss zur letzten Sitzung vor der Sommerpause 2024 den Mittelabfluss der GRW-Mittel für das dann laufende Jahr 2024 aufzuliefern.

Titel 12126 – Gewinnablieferungen der Anstalten des öffentlichen Rechts –

Rolf Wiedenhaupt (AfD) führt aus, nach Aussagen von Koalitionsmitglieder solle diese Abführung entfallen, um damit eine Erhöhung der Wassergebühren für die Berlinerinnen und Berliner zu vermeiden. Dieser Gewinnverzicht solle am 10. Oktober 2023 getroffen worden sein. Was sei an diesem 10. Oktober 2023 beschlossen worden?

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bemerkt, die Gewinnablieferung der BWB basiere auf der Wirtschaftsplanung. Die Entscheidung zur Stabilisierung der Entgelte und damit Minimierung der Abführung müsse etatisiert werden und müsste sich im Ansatz 2025 niederschlagen. Müsse eine Ansatzveränderung vorgenommen werden? Er bitte um Zurückstellung zur zweiten Lesung und bitte um einen Bericht mit einer Prognose für 2023 und den Zahlen zum 30. September 2023. Auch bitte er um Auskunft zu den gültigen Regularien der BWB und die Frage der Zinssätze der Eigenkapitalverzinsung.

Sebastian Walter (GRÜNE) äußert, es gehe nicht um die Gebührenhöhe, sondern dass die Reduktion der Gewinnabführung andere Gründe habe. Wie werde dies finanziert? Er habe die Pressemitteilung so verstanden, dass die Gewinnabführung nicht reduziert werden müsse.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, es habe intensive Diskussion sowohl im Aufsichtsrat der Berliner Wasserbetriebe als auch im politischen Raum gegeben. Mehrere Ebenen seien von Bedeutung, zum einen das politische Bekenntnis der Koalition, dass die Wasserpreise in den nächsten drei Jahren stabil bleiben sollten. Bei Betrachtung der Jahresüberschussentwicklung der Wasserbetriebe gebe es in der Prognose und auch anhand der aktuellen Entwicklung einen Rückgang der Überschüsse, auch ein stückweit als Auswirkung der Energiesituation und der Inflation als überschussminimierende Faktoren. Ein weiterer Faktor sei der Rückgang des Wasserverbrauchs. Deshalb sei bei der Prognose der Einnahmen im Haushalt eine Reduzierung vorgesehen. Die Planung für 2024 sei deutlich geringer als der Ansatz in 2023, weil die Abführung in 2024 aus dem Jahresergebnis 2023 resultiere. Es werde davon ausgegangen, dass auch im nächsten Jahr der Überschuss geringer sein

werde. Deshalb sei im Entwurf eine geringere Abführung vorgesehen. Sie gehe davon aus, dass etwa 60 Millionen Euro pro Jahr, würden die Gebühren nicht erhöht, anderweitig zu kompensieren seien. In der Kompensation sei schon ein Teil durch die geringeren Ansätze eingespeist, es sei aber notwendig gewesen, eine Lösung zu finden, die möglichst bedeute, dass die Gewinnabführung nicht noch geringer werde, gleichzeitig aber die Gebühren nicht erhöht würden. Es sei noch einmal sehr intensiv diskutiert worden. Es gebe hohe Rücklagen. Vorgesehen sei, dass Gewinne in die Rücklage abgeführt werden sollten. Die Kompensation dieser Leistungen erfolge durch eine Anpassung bei den Rücklagen. Der Senat müsse technisch zunächst eine Gewinnverzichtserklärung beschließen, gleichzeitig sei aber beschlossen worden, dass dieser Gewinnverzicht durch eine Anpassung bei den Rücklagen der Wasserbetriebe kompensiert werde. Darüber werde der Aufsichtsrat eine außerordentliche Sitzung in den nächsten Tagen abhalten.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um einen Bericht zu den Auswirkungen aus der Reduktion bei den Rücklagen der Wasserbetriebe. Wie hoch seien die Rücklagen in den vergangenen drei Jahren gewesen? Wie hoch werde die Rücklagenreduktion in den nächsten drei Jahren sein, um die politisch entschiedene Preisgarantie umzusetzen? Welche Auswirkungen habe dies auf die Wasserbetriebe, sowohl wirtschaftlich als auch tatsächlich?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, es sei eine politisch entschiedene Preisgarantie, die in einer Situation gegeben werde, in der Menschen von Preissteigerungen sehr betroffen seien. Es sei ein Schritt, um den Berlinern Sicherheit zu geben. Natürlich bedeute dies Überlegungen hinsichtlich der Auswirkungen auf Unternehmen. Sie begrüße dies politisch, müsse aber als Aufsichtsratsvorsitzende auch die Interessen des Unternehmens im Blick haben. Im Moment gebe es 421 Investitionsmaßnahmen bei den Wasserbetrieben, die auch alle umgesetzt würden. Die Rücklagen und das vorhandene Kapital gäben dies her. Es gebe aber Wasser- und Rohrleitungen in einer Größenordnung von rund 20 000 km, die instandzuhalten seien. Für eine Nichtgebührenerhöhung gebe es jedoch Grenzen. Jetzt sei ein Weg gefunden worden, dies für die nächsten drei Jahre zu ermöglichen. Ab 2027 müsse es aber einen Gebührenplan geben. Ein konkreter Plan werde im Wirtschafts- und Prüfungsausschuss der Wasserbetriebe erarbeitet werden. In der nächsten Range würden moderate Gebührenerhöhungen eingeplant werden müssen. Sie liefere gern einen konkreten Bericht zu den Investitionsmaßnahmen und Rücklagen.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) merkt an, die Garantie der Wasserpreise sei vor allem eine politische Entscheidung, weil sie nur für drei Jahre getätigt werde. In 2026 gebe es in Berlin Wahlen. Vorher werde kein Haushalt aufgestellt, sodass das böse Ende gegebenenfalls danach kommen werde. Damit verbunden sei aber die politische Verantwortung dafür, dass Wasser überhaupt zur Verfügung stehe. Deshalb halte er es für wichtig, bei den anstehenden Investitionen, zum einen bezüglich der Frage weiterer Klärstufen, weil es jetzt offensichtlich in vielen Bereichen Verunreinigungen gebe, zum anderen aber bezüglich der Thematik, dass der Wasserzufluss nach Berlin deutlich abzunehmen drohe, und damit Investitionskosten verbunden sein würden. Insofern sehe er die Anpassung der Rücklagen wie in vielen anderen Bereichen kritisch.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um Konkretisierung in dem Bericht vor dem Hintergrund der Äußerungen der Wasserbetriebe, dass sie in der Prognose der Wasserversorgung ein negatives Delta im Umfang eines Fördervolumens zweier kleiner Wasserwerken wie in

Kaulsdorf hätten. Das Bundesumweltamt habe anlässlich der Einstellung des Braunkohleabbaus in der Lausitz eine Studie vorgelegt mit Auswirkungen auf den Wasserstand der Spree.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) präzisiert, in den 421 Investitionsvorhaben seien auch Wasserwerks- und Klärwerksinvestitionen enthalten. Es gehe nicht nur um die Wasserversorgung, sondern auch um die Abwasserentsorgung. Es gebe in vielen Bereichen große Sanierungsbedarfe. Die Wasserversorgung für Berlin sei gesichert. Wenn für die nächsten drei Jahre die Preisstabilität gewährt werde, bedeute es, bei der nächsten Aufstellung des Doppelhaushalts, die noch in dieser Legislaturperiode liege, für den Doppelhaushalt 2026/2027 ein Bekenntnis zu geben. In 2027 werde es eine Erhöhung geben werden. Deswegen werde ein guter Plan zur Umsetzung für den Doppelhaushalt 2026/27 erarbeitet werden müssen. Im Aufsichtsrat der Berliner Wasserbetriebe würden dafür die notwendigen Vorarbeiten geleistet.

Sven Heinemann (SPD) stellt fest, dass der Braunkohlebereich nicht im Verantwortungsbereich Berlins liege; Berlin sei eher Betroffene. Das Thema sei schon unter Wirtschaftssenatorin Pop diskutiert worden. Seiner Einschätzung nach sei damals der Fehler gemacht worden, dass dies nicht im Rahmen der Verhandlungen zwischen Bund und Ländern zum Braunkohleabbau thematisiert worden sei. Das Land Berlin müsse mit dem Bund noch einmal ins Gespräch kommen. Es dürfe nicht sein, dass dies zur Aufgabe für den Berliner Landeshaushalt werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, dass der Titel zur zweiten Lesung des Einzelplans 13 am 10.11.2023 zurückgestellt werde. SenWiEnBe werde gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 13 am 10.11.2023 zum Titel 12126 die Auswirkungen der Reduktion der Rücklagen bei der BWB auf Grund der gegebenen Wasserpreisgarantie zu erläutern. Wie seien diese Rücklagen in den letzten 3 Jahren gewesen, Stand heute, wie groß werde die Reduktion in den kommenden 3 Jahren sein? Welche wirtschaftlichen Auswirkungen, insbesondere bei den Investitionen der BWB seien zu erwarten?

Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten –

Rolf Wiedenhaupt (AfD) verweist auf die Diskrepanz einer Verdoppelung des Ansatzes für nichtplanmäßige Beschäftigte, obwohl im Stellenplan nur drei zusätzliche Stellen vorgesehen seien.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) sagt Nachreichung zu.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, SenWiEnBe werde gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 13 am 10.11.2023 zum Titel 42811 mitzuteilen, welche genaue Summe der Personalausgaben bei der GRW vom Land zu tragen sei.

Titel 42890 – Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen –

Rolf Wiedenhaupt (AfD) führt aus, hier sei offensichtlich eine Reduzierung der GRW-Mittel vorgesehen. Welche genaue Summe der Personalausgaben sei vom Land zu tragen?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) sagt Nachreichung zu.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, SenWiEnBe werde gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 13 am 10.11.2023 zum Titel 42811 mitzuteilen, welche genaue Summe der Personalausgaben bei der GRW vom Land zu tragen sei.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um einen schriftlichen Bericht zum Teilansatz 4, die Zinssätze die BWB und die BSR betreffend, zum aktuellen Stand und die bisherige Entwicklung.

Sebastian Walter (GRÜNE) macht darauf aufmerksam, dass im Fachausschuss eine Erläuterung zu Nr. 10 durchgerutscht sei, wo noch der Bezug zum Sondervermögen sei. Er bitte zur zweiten Lesung um einen schriftlichen Bericht, wer Dienstleister sei, der die Mittel erhalte.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, SenWiEnBe werde gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 13 am 10.11.2023 zum Titel 54010, Nr. 4 den aktuellen Stand, die vergangenen 2 Jahre und die Prognose für die nächsten zwei Jahre zu den Zinssätzen der BSR und BWB mitzuteilen. Weiter werde gebeten, für 2023 darzustellen, welche Dienstleister die Mittel erhielten.

Titel 54602 – Technische Hilfe für die Durchführung von Programmen der EU –

Sebastian Walter (GRÜNE) interessiert auch hier, wer Dienstleister sei. Er bitte um eine Aufschlüsselung.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, SenWiEnBe werde gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 13 am 10.11.2023 für 2023 darzustellen, welche Dienstleister die Mittel erhielten.

Titel 67125 – Ersatz von Ausgaben der Messe Berlin –

Sebastian Walter (GRÜNE) führt aus, nach seinem Kenntnisstand liege der Mittelabfluss für das laufende Jahr bei null. Lege dies an der Systematik des Titels, oder flössen die Mittel nicht ab? Für den Fachausschuss sei aufgeschlüsselt worden, wofür die Mittel in den letzten beiden Jahren vorgesehen gewesen seien. Er bitte um eine ebensolche Aufschlüsselung für die Jahre 2024/2025.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, sie gehe davon aus, dass über den Vertrag mit der Messe das Geld bis zum Jahresende fließen werde; es gebe keine gegenläufigen Anzeichen. Zu gegebener Zeit werde sie noch einmal berichten.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, SenWiEnBe werde gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 13 am 10.11.2023 zum Titel 67125 darzustellen, wofür die Gelder in 2024/25 vorgesehen seien.

Titel 67140 – Ausgleich der IBB für Ausfälle im Rahmen von Förderprogrammen –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um Hintergründe zu den Ursachen für die signifikante Erhöhung.

Sebastian Walter (GRÜNE) schließt sich dem Wunsch an.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) sagt eine schriftliche Darstellung zu.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass auf Bitte von **Sebastian Schlüsselburg** (LINKE) Titel 68311 – Zuschüsse zur Unterstützung der Berliner Wirtschaft in Notlagen – sowie Titel 68368 – Zuschüsse zur Steigerung der Leistungsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen – zur zweiten Lesung zurückgestellt würden.

Sebastian Walter (GRÜNE) verweist im Zusammenhang mit Titel 68350 – Prämien an private Unternehmen für besondere wirtschafts- und arbeitsplatzfördernde Maßnahmen – darauf, dass der Mittelabfluss laut Ist-Tabelle sehr gering sei. Er wolle wissen, weshalb dem so sei. An wie viele Unternehmen seien die Prämien im Jahr 2022 ausgeschüttet worden?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) bittet darum, dass die Frage schriftlich beantwortet werden dürfe.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Titel 83103 – Kapitalzuführung an die Messe Berlin GmbH –
Titel 83107 – Kapitalzuführung an die WISTA Management GmbH –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet darum, Titel 83103 zur zweiten Lesung zurückzustellen. Festzustellen sei, dass der Ansatz um 2 Mio. Euro reduziert werde. Weshalb sei dem so? Darüber hinaus bitte er um eine Begründung für die Eigenkapitalzuführung. Zudem interessiere ihn, ob das Gutachten zur Strategie der Messe mittlerweile vorliege.

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet darum, dass im Zusammenhang mit Titel 83103 der entsprechende Bericht aus dem Fachausschuss – Nr. 81 – auch dem Hauptausschuss vorgelegt werde. Er habe diesem Bericht nicht entnehmen können, worin der Masterplan eigentlich bestehe. Er bitte um eine Erläuterung, was die Umsetzung des Masterplans für die Jahre 2024 und 2025 konkret bedeuten werde. Er bitte um eine konkrete Auflistung der Maßnahmen.

Im Titel 83107 sei lediglich ein Platzhalter eingestellt. Dem Bericht an den Fachausschuss habe er entnommen, dass dies im Zusammenhang mit möglichen Planungen für weitere Gewerbehöfe stehe. Treffe dies zu? Wenn dem so sei, bitte er darum, dass in einem Jahr ein Folgebericht vorgelegt werde.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bekundet, auch seiner Fraktion gehe es um die Frage, wann es einen zweiten öffentlichen Gewerbehof geben werde. Wie sehe diesbezüglich die Zeitplanung aus? Aus Sicht seiner Fraktion sei es nicht ausreichend, lediglich einen Merkansatz vorzusehen. Seine Fraktion würde den Vorgang gern beschleunigen.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, es gebe seit längerer Zeit die Planung, wie durch Sanierung der Hallen sowie des Geländes des Messe dazu beigetragen werden könne, ein für eine Weltmetropole angemessenes Messe- und Kongresszentrum zu schaffen. Eigentlich hätte der Masterplan bereits in den Jahren 2020 und 2021 umgesetzt werden sollen. Aufgrund der Pandemie habe die Messe GmbH unter massiven Einnahmeverlusten gelitten . Deshalb seien die eigentlich für den Masterplan vorgesehenen finanziellen Mittel zur Abwendung der Zahlungsunfähigkeit der Messe GmbH verwendet worden. Es sei gelungen, dass die Messe GmbH einen Neustart geschafft habe, und ihr Programm als attraktiv wahrgenommen werde. Es würden auch neue Formate akquiriert, was extrem gut sei. Die

Mittel, die in den Jahren 2020/2021 zur Krisenbewältigung benötigt worden seien, müssten jetzt zur Verfügung stehen, um die lange geplanten Sanierungen von Hallen und Gebäuden bewerkstelligen zu können. Deshalb seien die Mittel höher veranschlagt als ursprünglich in der Investitionsplanung vorgesehen. Das Land Berlin wolle sich europaweit als Top-Messestandort etablieren.

Derzeit sei kein zweiter Gewerbehof vorgesehen, weil momentan noch der in Lichtenberg die Kräfte binde. Perspektivisch sei ein zweiter Gewerbehof allerdings erstrebenswert.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) verweist auf das politische Ziel, mehr kommunal betriebene Gewerbehöfe zu errichten. Derjenige in Lichtenberg sei das Beispiel dafür. Derzeit werde ein zweiter Standort in Mitte geprüft. Beim Thema Gewerbehöfe stehe die WISTA mit Rat zur Seite, setze allerdings nicht um. Dies müssten die Bezirke selbst leisten. Die WISTA habe keine Kapazitäten dafür, zehn Standorte auf einmal zu entwickeln. Letztlich müssten auch nicht immer neue Gebäude errichtet werden, man könnte auch dahin kommen, bestehende Strukturen weiterzuentwickeln, was im Zweifel auch schneller gehe. Bestimmte Gewerke brauchten nicht unbedingt neue Gebäude.

Christian Goiny (CDU) kommt auf das Thema Messe zurück, Titel 83103, wozu er feststelle, dass die Messehallen fast alle aufgeständert seien, weshalb es unterhalb der Hallen beachtliche freie Flächen gebe. Ihn interessiere, welche Ideen und Konzepte die Messe verfolge, um diese leeren Flächen einer vernünftigen und bestenfalls sogar wirtschaftlichen Nutzung zuzuführen. Ihm sei bewusst, dass die Flächen zeitweise für die großen Messen benötigt würden. In der Zwischenzeit könnten sie aber verwertet werden. Er bitte um einen entsprechenden Bericht zur zweiten Lesung.

Steffen Zillich (LINKE) bedauert, ihm fehle offenbar ein Teil Informationen. Er wisse, dass der Masterplan Messe lange vorbereitet worden sei, er kenne aber kein Ergebnis. Es habe beispielsweise Überlegungen gegeben, die Grundstücke an die Messe GmbH zu übertragen, damit diese belastet werden könnten. Auf welcher Grundlage solle der Masterplan stattfinden? Er bitte um Erläuterung und vor allem um Darstellung des Ergebnisses.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet darum, dass im Zusammenhang mit Titel 83107 ein Bericht über die Umsetzung des Pilotprojekts kommunal verwalteter Gewerbehof sowie der daraus gewonnenen Erkenntnisse erstellt werde. Zu welchem Zeitpunkt könne solch ein Bericht vorgelegt werden? – Er wolle die WISTA keinesfalls überfordern, aber das Projekt an sich sei extrem nachhaltig.

Sebastian Walter (GRÜNE) erklärt, seine Frage zur Messe sei mündlich beantwortet worden. – Zur WISTA bitte er um einen Bericht mit einem Update zu den Planungen für kommunal geführte Gewerbehöfe sowie deren Finanzierung. Als Berichtszeitpunkt schlage er nach der Sommerpause 2024 vor.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) trägt vor, der Masterplan Messe liege dem Wirtschaftsausschuss vor. Er könne gern auch dem Hauptausschuss zur Verfügung gestellt werden. Kursorisch seien die Sanierung der Hallen 12, 14 und 17, die Sanierung der Energie- und Wärmeinfrastruktur, die Beseitigung diverser Schadstoffe, die Sanierung von Glasdächern, der Austausch defekter Ringkabel, die Sanierung von Grundleitungen sowie die hyd-

raulische Optimierung der Heizungs- und Kältesysteme vorgesehen. Ferner sei auch die Sanierung der Außenanlagen berücksichtigt. Weiterhin sei eine Ersatzanlage für das Blockheizkraftwerk vorgesehen, die raumlufttechnischen Anlagen sollten angefasst werden, eine Wärmepumpe für den Servicehof-Nord, die dezentrale Kälteerzeugung für Halle 7 sowie die Installation von Sprinklern stünden ebenfalls auf dem Programm. Dem sei zu entnehmen, dass für Maßnahmen unterhalb der Hallen noch keine finanziellen Mittel vorgesehen seien. Sie werde das Thema in den Aufsichtsrat einbringen. – Ein Berichtstermin zur Gewerbehofthematik nach der Sommerpause 2024 sei gut.

Christian Goiny (CDU) stellt klar, er habe die Flächen unterhalb der Messehallen nicht als notwendige Investitionsmaßnahme verstanden, sondern sehe hier eher Einnahmepotenzial. Aus seiner Sicht könnten diese Flächen sofort zur Verfügung gestellt werden. Keinesfalls habe er dafür plädiert, dass die Messe an dieser Stelle investieren solle. Vielmehr sollte geschaut werden, welche Veranstaltungsformate kurzfristig an dieser Stelle umgesetzt werden könnten.

Steffen Zillich (LINKE) fragt, mit welchen finanziellen Mitteln der Masterplan für die Messe umgesetzt werde? Würden die Grundstücke beliehen? Seien diese mittlerweile an die Messe übertragen worden?

Heidrun Rhode-Mühlenhoff (SenWiEnBe) berichtet, die Grundstücke der Messe Berlin befänden sich im Eigentum des Landes Berlin und würden als Fachvermögen in der Wirtschaftsverwaltung geführt. Ursprünglich hätten sie in die Messe eingebracht werden sollen, damit die Messe mit einer Fremdfinanzierung die Sanierungen nach Maßgabe des im Jahr 2005 beschlossenen Masterplans hätte durchführen können. Dieser Plan sei aufgrund der Pandemie und der daraus resultierenden finanziellen Situation der Messe hinfällig. Die Grundstücke verblieben beim Land Berlin. Das Land sei aufgrund des Pachtvertrags, den es mit der Messe abgeschlossen habe, verpflichtet, Sanierungsmaßnahmen durchzuführen. Die Messe führe diese Sanierungsmaßnahmen durch und erhalte dafür im Wege einer Kapitalzuführung die im Haushaltsplan veranschlagten Mittel.

Steffen Zillich (LINKE) erklärt, an ihm sei die Entscheidung, die Grundstücke nicht zu überführen, vorbeigegangen. Wenn dieser Sachstand dem Ausschuss bereits berichtet worden sei, bitte er um Nennung der entsprechenden roten Nummer. Andernfalls bitte er um einen entsprechenden Bericht.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtswunsch fest.

Titel 89123 – Zuschüsse an das SILB zur Sanierung des Internationalen Congress Centrums Berlin (ICC) –

Sebastian Walter (GRÜNE) merkt an, bei den Ansätzen in Höhe von je 1 000 Euro handele es sich um einen Merkposten, sofern das geplante Konzeptverfahren nicht zu einem erfolgreichen Abschluss komme. Wann solle das Konzeptverfahren abgeschlossen sein? Könne zum Ende des ersten Quartals 2024 berichtet werden?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) macht darauf aufmerksam, dass gerade erst der Senatsbeschluss zum Start des Konzeptverfahrens gefasst worden sei. Dieses Verfahren werde derzeit vorbereitet. Parallel werde die Bauvoranfrage für die Nutzung des ehemali-

gen Parkhauses und des dazugehörigen Parkplatzes gestellt und eine Schadstoffanalyse erstellt. Die Ausschreibung des Konzeptwettbewerbs werde Anfang 2024 erfolgen. Sie gehe davon aus, dass die Wettbewerbsbeiträge 2025 vorlägen. Dem schließe sich ein Auswahlverfahren an. Sie gehe davon aus, dass mit diesem sehr engen Zeitplan im August 2026 ein Ergebnis vorliege. Solch ein internationaler Konzeptwettbewerb benötige Zeit, was aber auch immer kommuniziert worden sei. Im ersten Quartal 2024 könnte deshalb nur berichtet werden, dass der internationale Konzeptwettbewerb veröffentlicht worden sei.

Sebastian Walter (GRÜNE) erklärt, angesichts dieses Zeitrahmens verzichte er auf seinen Berichtswunsch.

Christian Goiny (CDU) unterstreicht, seine Fraktion begrüße den eingeschlagenen Weg hinsichtlich des ICC. Aus seiner Sicht sollte das Thema nicht nur international betrachtet werden; auch innerhalb Berlins sei ausreichend Kompetenz für eine Nutzung des Gebäudes vorhanden. Eine Vergabe müsse nicht zwingend in einem Guss stattfinden, vielmehr sollte auch darauf geschaut werden, wer Teilflächen nutzen könne. Auch das Parkhaus könne einer neuen Nutzung zugeführt werden, die nicht zwingend mit einem Abriss des Gebäudes verbunden sein müsse. – Zudem plädiere er dafür, sich darüber Gedanken zu machen, wie das Gebäude bis zum Jahr 2026 zwischengenutzt werden könne. Er verweise auf die Formate 48-Stunden-ICC und den Tag des offenen Denkmals. Selbst wenn man das Gebäude lediglich aufschließe, ohne weiteres Angebot, strömten die Menschen. Er bitte um einen Bericht, welche Zwischennutzung für das Gebäude aus Sicht der Senatsverwaltung möglich sei.

Steffen Zillich (LINKE) äußert, auch aus seiner Sicht sei das Konzept interessant. Eine andere Frage sei, welche Erwartungen man damit verbinde. – Seiner Ansicht nach könnte es auch Gegenstand eines Konzeptes sein, auf Zwischennutzungen zu setzen, um eine sehr sukzessive Entwicklung einzuleiten. Er bitte darum, den Bericht zum ICC um diesen Aspekt zu erweitern.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) betont, die Senatsverwaltung verfolge das Ziel, dass bis zum Vorliegen von Ergebnissen eine Zwischennutzung des ICC erfolge. So laute auch der Senatsbeschluss zum ICC. Bereits jetzt residiere dort das Rundfunk Symphonie Orchester. Das für 48 Stunden geöffnete ICC habe 33 000 Besucherinnen und Besucher gehabt. Sie habe Staatssekretär Biel gebeten, ein Zwischennutzungskonzept zu erarbeiten. Sie gehe davon aus, dass das Thema Zwischennutzung auch von den Wettbewerbsteilnehmern betrachtet werden werde. Im Übrigen sei der Senatsbeschluss so formuliert, dass die größtmögliche Offenheit hinsichtlich der künftigen Nutzung gegeben sei.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der Bericht sei zur zweiten Lesung erbeten.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) beantragt, dass Titel 89233 – Zuschüsse im Rahmen des Förderprogramms: GründungsBONUS – zur zweiten Lesung zurückgestellt werde. Wissen wolle er, wie der Plan für dieses Programm für das Jahr 2024 aussehe. Im Rahmen des Gründertages habe es geheißen, dass die Mittel ausgeschöpft seien und derzeit keine Beantragungen stattfinden könnten. Im Fachausschuss wiederum sei dargestellt worden, es solle eine Fortsetzung mittels SIWA-Mitteln geben. Seien 10 Mio. Euro auskömmlich?

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) berichtet, es obliege dem Parlament, darüber zu beschließen, ob der vorgeschlagene Weg gegangen werde oder nicht. Sollte einer SIWA-Finanzierung zugestimmt werden, seien 10 Mio. Euro ausreichend.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass auf Antrag von **Sebastian Schlüsselburg** (LINKE) Titel 88306 – Infrastrukturmaßnahmen der Bezirke im Rahmen der GRW – zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 52136 – Anteil an der Straßenreinigung –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) stellt zu Titel 52136 fest, dass der Ansatz signifikant aufgestockt werde und zwar um rund 14 Mio. Euro gegenüber dem Jahr 2023. Treffe es zu, dass die BSR weitere Reinigungsleistungen umsetzen könne? Zumindest habe er dies so aus den Reihen der BSR vernommen.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erläutert, in ihrer Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzende der BSR sei ihr bewusst, wie präsent das Thema personelle Ausstattung der BSR zur Erfüllung der anstehenden Aufgaben sei. Die Leistungsfähigkeit der BSR sei sehr hoch, sie sei in der Lage, erhöhte Anforderungen zu bewältigen. Derzeit laufe eine Diskussion, wie die erwirtschafteten Überschüsse verwendet werden sollten, ob ein Teil davon der BSR zur Verfügung gestellt werde, damit diese zusätzliche Aufgaben übernehmen könne. Auch der angesprochene erhöhte Ansatz solle dazu dienen, dass die BSR weitere Aufgaben übernehmen könne. Die BSR ihrerseits habe auf Preissteigerungen verwiesen, sodass ein Teil des Ansatzes zur Kompensation von Mehrkosten verwandt werden müsse.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fragt zu Teilansatz 4 – Kosten der Reinigung von Grün- und Erholungsanlagen –, wann berichtet werden könne, wie viele Wald- und Erholungsflächen vor dem Haushaltsbeschluss – mit einem erhöhten Ansatz – von der BSR gereinigt worden sei und welche zusätzlichen Flächen hinzuträten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält nach Rücksprache mit der Senatsverwaltung als Berichtstermin die letzte Sitzung vor der Sommerpause 2024 fest.

Titel 68212 – Ersatz von Fahrgeldausfällen an die BVG –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) stellt zu Titel 68212 fest, dieser sei im Jahr 2022 zur Auflösung der Pauschalen Minderausgabe – PMA – herangezogen worden. Für die Jahre 2024 und 2025 seien jeweils 30 Mio. Euro veranschlagt worden. Das Ist 2022 habe bei rund 21,8 Mio. Euro gelegen. Im Fachausschuss hätten die Koalitionsfraktionen nunmehr beantragt, den Ansatz im Jahr 2025 um 1,3 Mio. Euro zu minimieren. Er bitte um eine Begründung. Wie sei man zu der Einschätzung gelangt, dass die Mittel gegebenenfalls nicht abflössen? Welche Auswirkungen gebe es in Bezug auf das 9-Euro-Sozialticket, das 29-Euro- sowie das 49-Euro-Ticket?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) weist darauf hin, der VBB habe die unbefristete Verlängerung des 9-Euro-Sozialtickets beschlossen. Der Senat habe einen Beschluss zur Verlängerung bis zum 31. Dezember 2025 gefasst. Ebenfalls beschlossen worden sei die Wiedereinführung des 29-Euro-Tickets zum Frühsommer 2024. Die entsprechenden Mittel

seien jeweils eingeplant. Sie gehe deshalb davon aus, dass es bei dem jetzt aufgerufenen Titel keine Auswirkungen geben werde. Der Senat gehe davon aus, dass die Fahrgastzahlen wieder stiegen. Es könne davon ausgegangen werden, dass die Notwendigkeit des Ersatzes von Fahrgeldausfällen nicht mehr so hoch sein werde wie während der Coronapandemie.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fragt im Zusammenhang mit Titel 68213 – Zuschuss an die BVG für sonstige betriebsfremde Lasten und an die Jobcenter –, weshalb die Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2025 die Veranschlagung um 0,9 Mio. Euro übersteige. – Darüber hinaus wünsche er zur zweiten Lesung einen Bericht über die Fachkräftesituation und Fluktuation bei der BVG. Die BVG habe angesichts ihres Akquirierungsvideos mitgeteilt, dass sie einige neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter habe gewinnen können. Es sei aber nicht dargelegt worden, wie viele Personen hätten gehalten werden können und wie viele das Unternehmen verlassen hätten.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) bittet darum, die Fragen schriftlich beantworten zu dürfen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Bericht zu Titel 68213 zur zweiten Lesung zugesagt sei.

Kapitel 1350 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Energie, Digitalisierung und Innovation –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bezieht sich auf Presseberichte, wonach die Stromnetz Berlin plane, zum 1. Januar 2024 die Netzentgelte zu erhöhen und zwar auf 9,21 Cent pro Kilowattstunde. Er bitte um Aufklärung.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) bedauert, diese Information liege ihr nicht vor. Sie sage zu, den Sachverhalt zu klären.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet darum, dass zur zweiten Lesung über den Sachverhalt berichtet werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtwunsch fest.

Mitberaten wird:

a) Bericht SenWiEnBe – III A 22 – vom 19.09.2023 — 1101 A
Geplante Beauftragung einer Studie zu Freiflächen-Photovoltaikanlagen (und Solarthermie) in Berlin
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
(Berichtsauftrag aus der 19. Sitzung vom 01.06.2022) — Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1101 A ohne Aussprache zur Kenntnis.

b) Bericht SenWiEnBe – III A / III B 34 – vom 21.09.2023 — 1033 A
Ausweitung der Innovationsförderung und Stärkung des Wirtschaftsstandorts Berlin
hier: Maßnahme Nr. 3. H2@Marzahn
(Berichtsauftrag aus der 38. Sitzung vom 21.06.2023) — Haupt

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) hat dem Bericht entnommen, die Senatsverwaltung unterstütze mehrere Förderanträge unterschiedlicher Stakeholder. Er bitte um einen Bericht mit der Liste der gestellten Förderanträge, der Art der Unterstützung sowie der Höhe der Förderung – Titel 69806 – Innovationsförderung –. Darüber hinaus interessiere seine Fraktion der europäische Rahmen. Wie sehe der Stand der europarechtlichen Rahmensetzung hinsichtlich der Pläne der EU-Kommission zur Einführung einer weitergehenden eigentumsrechtlichen Entflechtung der Erdgas- und Wasserstoffnetze durch die Novelle der Gasrichtlinie aus? Weiter interessierten der aktuelle Stand der Gesetzgebung sowie eine fachliche Einschätzung der Senatsverwaltung, welche Auswirkungen dies auf die Berliner Erdgas- und vor allem Wasserstoffstrategie haben werde. Da die Materie komplex sei, bitte er um einen Bericht, möglichst zur zweiten Lesung.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) bekundet, sie könne nicht zusagen, dass der Bericht rechtzeitig zur zweiten Lesung vorliege.

Steffen Zillich (LINKE) regt an, zur zweiten Lesung sollte zumindest ein Zwischenbericht über den Stand der Gesetzgebung vorliegen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält die Berichtswünsche fest. – Der Bericht rote Nr. 1033 A sei zur Kenntnis genommen.

c) Bericht SenWiEnBe – III A 35 – vom 12.09.2023 — 0585 C
Umgesetzte und geplante Energieeinsparmaßnahmen der Senatsverwaltungen
(Berichtsauftrag aus der 38. Sitzung vom 21.06.2023)
(in der 44. Sitzung am 04.10.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 13 zurückgestellt) — Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0585 C ohne Aussprache zur Kenntnis.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen – auf Antrag von **Sebastian Schlüsselburg** (LINKE) zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) möchte zu Titel 23232 – Einnahmen aus mess- und eichtechnischen Dienstleistungen – wissen, weshalb bis zum 30. September 2023 noch keine Abrechnung von Einnahmen erfolgt sei, obwohl dies eigentlich quartalsweise vorgesehen sei. Wie sehe die Einnahmeerwartung für das Jahr 2023 insgesamt aus?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Frage auf Wunsch von **Bürgermeisterin Franziska Giffey** (SenWiEnBe) schriftlich beantwortet werde.

Sebastian Walter (GRÜNE) wünscht, zu Titel 54010 – Dienstleistungen – möge aufgelistet werden, um welche Dienstleister es sich handele. – Darüber hinaus bitte er darum, dass Bericht Nr. 98 aus dem Fachausschuss auch dem Hauptausschuss zur Verfügung gestellt werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält die Berichtswünsche fest.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet darum, dass Titel 63201 – Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder – zur zweiten Lesung zurückgestellt und darüber hinaus schriftlich berichtet werde, ob die Kosten bereits veranschlagungsreif und welche Punkte in den Verhandlungen noch offen seien.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, Titel 62301 sei zur zweiten Lesung zurückgestellt und der Bericht zugesagt. Weiter halte er fest, dass auf Antrag von **Sebastian Walter** (GRÜNE) Titel 68307 – Wirtschaftsförderung – sowie auf Antrag von **Sebastian Schlüsselburg** (LINKE) Titel 69806 – Innovationsförderung – jeweils zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Sebastian Walter (GRÜNE) wendet sich ebenfalls Titel 69806 zu, zu dem er wissen wolle, weshalb der Mittelabfluss so gering sei. Er vermute, dass es feste Abrechnungszeiträume gebe, bitte aber um Erläuterung. Zu Teilansatz 3 wolle er wissen, was der Business Angels Club Berlin-Brandenburg e. V. sei.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) legt dar, der Business Angels Club bestehe aus erfolgreichen und erfahrenen Unternehmerinnen und Unternehmern, die sich dem Wunsch verschrieben hätten, Start-ups zu fördern, zu unterstützen bis hin dazu, Investitionskapital zur Verfügung zu stellen oder Venture-Capital-Geber zu vermitteln. Im Prinzip handele es sich um ein Mentorenprogramm für Start-ups.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) erklärt, die Frage zum Mittelabfluss werde schriftlich beantwortet.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag zu Titel 69806 fest.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) kündigt an, seine Fraktion werde zu Titel 89330 – Zuschüsse für Investitionen zur Unterstützung des Solarausbaus – schriftlich Fragen einreichen und bitte darum, dass der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt sei und die Fragen bis Dienstag, den 17. Oktober 2023, 14 Uhr beim Ausschussbüro eingereicht werden könnten.

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet zu Titel 89430 – Investive Zuschüsse für die Installation von Solarenergieanlagen – um einen Folgebericht bis zum 31. Dezember 2024, in dem der Umsetzungsstand, der Mittelabfluss sowie die unterstützten Maßnahmen dargestellt werden sollten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtswunsch zu Titel 89430 fest.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) kündigt an, seine Fraktion werde zu Titel 68224 – Zuschuss an den Eigenbetrieb Berlin Energie – schriftlich Fragen bis zur gesetzten Frist beim Ausschussbüro zur Thematik Wärmewende und den damit verbundenen Kosten einreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass die erste Lesung des Einzelplans 13 beendet sei. – Er erinnere daran, dass für alle Kapitel die Produktdarstellungen, die Personaltitel sowie die Stellenpläne an den UABezPHPW zur Vorberatung überwiesen seien.

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke –
Kapitel 2713 – Aufwendungen der Bezirke – Wirtschaft, Energie und Betriebe –

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass die erste Lesung des Kapitels 2713 des Einzelplans ohne Wortmeldung erfolgt sei.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Vorsitzender Stephan Schmidt erinnert daran, dass am 9. Oktober 2023 zur Beratung des Einzelplans 13 im Unterausschuss Verwaltungsmodernisierung- und -digitalisierung sowie Bezirke und Personal keine politische Vertretung der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe anwesend gewesen sei. Deshalb habe der Unterausschuss einstimmig mit allen Fraktionen beschlossen, den Hauptausschuss zu bitten, für die fehlende Anwesenheit gemäß Nr. 3 der Verfahrensregeln des Hauptausschusses in Verbindung mit Nr. 5 der Auflagen zum Haushalt 2022/2023 eine pauschale Minderausgabe in Höhe von 75 000 Euro im Kopfplan des Einzelplans 13 zu verhängen.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.